

Warum Norbert Blüm die Schriftsteller beneidet – Diskussion über Sprache in Literatur und Politik

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Düsseldorf. *„Im Zentrum steht vielmehr der Dialog als Prozeß, in den sich jeder einbringen kann.“* Bekenntnis einer Selbsterfahrungs-Gruppe? Nein, das Zitat stammt aus einer Einladung der CDU. Die Christdemokraten baten zu einer prominent besetzten Kulturdiskussion in die Düsseldorfer „Rheinterrassen“, als Moderator fungierte Geert Müller-Gerbes (Talkmaster von RTL plus). Motto, ganz ohne Fragezeichen ausgedruckt: „Sprachlos: Politik und Literatur“.

„Kritikerpapst“ Marcel Reich-Ranicki argwöhnte gleich zu Beginn, „daß wir hier in den Wahlkampf eingespannt werden“. So sei es doch bisher immer gewesen: Nach dem Urnengang hätten die Parteien die Kultur sehr bald wieder ignoriert. Reich-Ranicki: „Aber heute wird uns sicher wieder gesagt, wie sehr diese Partei die Literatur liebt.“

Ihm gegenüber saß der, der sich angesprochen fühlen mußte: Norbert Blüm, Arbeits- und Gesundheitsminister sowie Vorsitzender der CDU in NRW. Blüm wich der Attacke aus, und zwar mit dem Knabber-Sprachbild, das er so gern benutzt: „Ich liebe die Literatur nicht. Manchmal geht sie mir sogar auf den Keks“. Warum? Nun, Geist und Macht ließen sich nicht vorschnell versöhnen. Die schreibenden Intellektuellen seien immer stärker im Kritisieren gewesen als im Bejahen. Das sei zwar ihre Rolle, die man akzeptieren könne, aber: „Manchmal werde ich da ein bißchen neidisch“. Denn ein Politiker müsse

viel genauer auf Konsequenzen seines Redens und Tuns achten als ein Literat. Reich-Ranicki hatte das passende Böll-Zitat zur Hand: Der Schriftsteller müsse mitunter „zu weit gehen, um zu sehen, wie weit er gehen kann“.

Die Frage des Abends brachte Düsseldorfs Schauspiel-Intendant Volker Canaris auf den Punkt: Öffentliche Politiker-Sprache richte sich oft gar nicht mehr an den Zuhörer, sie sei vielfach zur puren Selbstdarstellung verkommen und geeignet, Realität zu verschleiern. Blüm räumte ein, daß die Politik Schaden nehme, wenn sie sich zu sehr von Alltags- und Literatursprache abkapsle. Aber: In den bestenfalls 90 Sekunden langen Fernseh-Statements könne ein Politiker auch nur schematisch reden. Komplizierte Entscheidungswege seien da kaum darstellbar, man müsse sich auf Resultate beschränken. Canaris: „Aber ihr Politiker erweckt doch den Eindruck, als könntet ihr in 90 Sekunden alles erklären“. Statt zur Schau getragener Selbstgewißheit wünsche er, Canaris, daß Politiker öfter mal Hilflosigkeit oder Angst eingestünden. Außerdem fehle die Dimension der Utopie, fehlten Visionen in der politischen Rede. Hier habe die Literatur eine wichtige Funktion.

Doch auch die Literatur, wortkarg vertreten durch Gabriele Wohmann („Ich weiß zu wenig über das Thema“), blieb nicht ungeschoren. Kritiker Reich-Ranicki: „Es ist schon viel politischer Unsinn aus Autoren-Federn geflossen“. Amt der Literatur sei es ja auch eher, „besser zu formulieren“. Blüm pflichtete bei: Er könne keine „höhere Autorität“ der Schriftsteller auf politischem Felde anerkennen.

Zu einem kleinen Eklat kam es, als Reich-Ranicki die „Unverantwortlichkeit“ von Literat ausgerechnet am Beispiel Kurt Tucholskys verdeutlichen wollte: Tucholsky habe zu jenen gehört, die das Ende der Weimarer Republik herbeigeschrieben hätten. Volker Canaris: „Die Republik ist doch wohl von ganz anderen zerstört worden“. In einem war man sich dann wieder einig: Politiker müssen keine Literatur-Experten sein. Reich-

Ranicki: „Bei meinem Arzt ist es mir ja auch lieber, wenn er Fachzeitschriften liest, als Rilke“.

„DGB muß der Kultur mehr Stellenwert geben“ – WR-Gespräch mit dem scheidenden Geschäftsführer der Ruhrfestspiele

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989
Von Bernd Berke

Recklinghausen. „Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß der Kultur endlich mehr Stellenwert einräumen als bisher.“ Das forderte gestern, in einem Gespräch mit der Westfälischen Rundschau, der scheidende DGB-Geschäftsführer der Ruhrfestspiele, Dr. Fred Eckhardt.

Mit seiner Forderung benennt Eckhardt, der nach zwölf Jahren in Recklinghausen um Lösung seines Vertrags bat (WR berichtete), zugleich einen Hauptpunkt, der ihn zu diesem Schritt bewogen hat. Seine Entscheidung, so Eckhardt, habe subjektive und objektive Gründe. Subjektiv: Als künftiger Leiter einer Berufsfachschule für Theatertanz und Theaterpädagogik könne er in seine alte Heimatstadt Hamburg zurückkehren und endlich wieder vorwiegend künstlerisch tätig sein.

Doch nicht nur persönliche Interessen sind der Grund für den Wechsei. Eckhardt: „Die Sparzwänge bei den Ruhrfestspielen sind in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Dieser Druck

schlägt auf die künstlerischen Ergebnisse durch.“ Seit Jahren müsse man mit einem gleichbleibenden Etat stetig steigende Kosten bewältigen. Sogar längst zugesagte Gastspielreisen – z. B. in die UdSSR – müßten mangels Finanzmasse auf die lange Bank geschoben werden.

Die beiden Träger der Ruhrfestspiele (Stadt Recklinghausen und DGB) hätten gewiß ernsthafte Geldsorgen. Doch sei die finanzielle Ausstattung der Festspiele zunächst auch eine Frage des Bewußtseins. Eckhard: „Im Grundsatzprogramm des DGB steht, daß sich die Gewerkschaften auch für kulturelle Belange der abhängig Beschäftigten einsetzen sollen“. Dies sei, obgleich es Zeichen eines Umdenkens gebe, noch nicht ausreichend der Fall. Die Basis in den Einzelgewerkschaften, aber auch der DGB-Bundesvorstand müßten dringend darüber reden, ob sie hauptsächlich eine „Tarif-Maschine“ sein oder ob sie auch kulturelle Zeichen setzen wollten.

Der große Apparat des DGB erweise sich in Kulturfragen oft als schwerfällig, man müsse viel schneller auf die Herausforderungen der „Freizeitgesellschaft“ reagieren. Die mißliche Situation der Ruhrfestspiele, die „endlich wieder eine Perspektive brauchen“, vergleicht Eckhard mit der eines leckgeschlagenen Ozeanriesen: „Da kann man doch auch nicht sagen: ‚In vier Wochen laufen wir Singapur an, dann wird alles repariert‘.“

Eckhard nennt Zahlen: Zehn Mio. DM wären für eine halbwegs vernünftige Renovierung des Festspielhauses (vorsintflutliche Bühnentechnik, 23 Jahre alte Bestuhlung) und anderer Festspieleinrichtungen vonnöten. Und: „In der Jubiläumssaison 1986 hatten wir ausnahmsweise eine Million Mark Zusätzlichen Jahresetat“. Stoßseufzer: „Damit konnten wir tolle Sachen veranstalten. Wenn wir nur diese Zusatz-Million in jedem Jahr hätten...“

Einen Hoffnungsschimmer sieht Eckhard im Gutachten des Berliner „Deutschen Instituts für Urbanistik“ (DIFU). Die Expertise

entsteht unter Leitung von Prof. Dieter Sauberzweig und soll im Frühjahr vorliegen. Die Studie, so Eckhard, könnte den Ruhrfestspielen gangbare Wege in die Zukunft weisen. Dann dämpft er freilich die eigenen Erwartungen. Bis das Gutachten alle Gremien passiert habe und „greifen“ könne, würden auch die Festspiele 1990 ins Land gehen – eine kaum noch erträgliche Durststrecke.

Eckhards Appell: „Wir sind es den Gründern, die in der Hungerzeit nach dem Krieg kulturellen Weitblick bewiesen haben, schuldig, die Festspiele zu stärken“.

Kultur soll Zentralpunkt städtischer Politik werden – Forderung der Dezernenten nach NRW-Projekt „Kultur 90“

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989
Von Bernd Berke

Im Westen. Wenn 31 Städte drei Jahre lang den „kulturellen Ernstfall“ geprobt haben, ist allemal viel Text fällig: Das jetzt erschienene „Handbuch Kultur 90“, hervorgegangen aus der Praxis der Projektreihe „Kultur 90“, umfaßt 390 Seiten im Großformat. Am heutigen Samstag wird der voluminöse Band als Arbeitsgrundlage dienen, wenn die Kulturdezernenten der beteiligten NRW-Städte im mit 1200 Mensehen vollbesetzten Essener Aalto-Bau Bilanz ziehen. Prominentester Gast: NRW-Ministerpräsident Rau.

Jede Stadt hat bei „Kultur 90“ seit 1985 mit vielen

Einzelveranstaltungen ihr Spezialgebiet „beackert“. So widmeten sich die Dortmunder dem „Spannungsfeld Kultur und Alltag“, Schwerte zog Linien zwischen „Kultur und Frieden“, Hagen zwischen „Kultur und Sport“, Siegen legte den Schwerpunkt auf „Kultur und freies Theater“, Bergkamen lotete Beziehungen zwischen „Kultur und Alter“ aus, Unna wählte das Thema „Kultur und Kleinstadt“.

Die Kulturdezernenten hoffen, daß ihr unter Anleitung des Wuppertaler Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit entstandenes Bilanzbuch eine Pflichtlektüre in den Rathäusern wird. Ihr Ziel: Kultur soll zur Leitschnur aller kommunalpolitischen Entscheidungen werden. Dr. Karl Richter vom Wuppertaler Sekretariat: „Zur Zeit stehen eindeutig wirtschaftliche Belange im Vordergrund“. Angesichts der – im Gefolge neuer Technologien – drohenden „Freizeit-Katastrophe“ (Wie kann wachsende Freizeit sinnvoll gefüllt werden?) dürfe dem Kommerz nicht das Feld überlassen werden. Ein um politische, ökologische und soziale Aspekte erweiterter, ganzheitlicher Kulturbegriff (Richter: „Kultur bedeutet: Wie wir leben!“) müsse daher ethisch-moralischer, aber auch finanzieller Fixpunkt kommunaler Politik werden.

Damit dieser Ruf nicht verhallt, haben die Kulturdezernenten – parallel zu ihrem Abschlußbericht – eine Resolution verfaßt, inklusive Präambel eine Art „Grundgesetz der Kulturarbeit“ in den Städten. Kernpunkte der zehn Forderungen: Kultur als Pflichtaufgabe der Gemeinden („Bürgerrecht Kultur“), Aufstockung der Kulturetats auf 10 Prozent der städtischen Haushalte (das liefe bei den meisten Kommunen etwa auf eine Verdoppelung hinaus; als leuchtendes Vorbild wurde Frankfurt genannt); höher honorierte, bessere und qualifiziertere Besetzung der Kulturausschüsse und Kulturverwaltungen.

Bei einem Treffen der Kulturdezernenten gestern im Essener Rathaus, stellte Essens Oberbürgermeister Reuschenbach gleich klar, daß er diese Forderungen derzeit für „utopisch“ halte. Das wollten die Dezernenten, die sich „im Vorfeld der

Möglichkeiten“ wähen und jede Menge „Handlungsbedarf“ sehen, natürlich so nicht gelten lassen.

Essens Kulturdezernent Godde: Viele der Resolutionsforderungen seien „Selbstverständlichkeiten“. Auch schwebe man nicht im luftleeren Raum, sondern beziehe sich auf die Praxis von „Kultur 90“. In der Projektphase, so räumten die Kulturdezernenten ein, seien neben Zukunfts-Perspektiven auch Defizite deutlich geworden: Mitunter blockierten starre Verwaltungsstrukturen die Kulturarbeit, manche Einzelprojekte bei „Kultur 90“ seien daher auch so gut wie gescheitert.

„Strukturwandel auch für die Kultur nutzen“ – Dortmunds Schauspielchef Guido Huonder im Rundschauhaus

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989



Dortmunds Schauspielchef Guido Huonder (4. von links) im Kreise von Rundschau-Redakteuren. (WR-Bild: Franz Luthe)

Eigener Bericht

Dortmund. (bke) Der Strukturwandel im Revier habe auch ein Bewußtsein für die Wichtigkeit von Kultur geweckt: „Dieses neuerwachte Bewußtsein müssen wir nutzen, um den Politikern klarzumachen, daß Kultur kein freiwilliger Geschenkartikel, sondern eine Pflichtaufgabe ist.“ Das sagte Dortmunds Schauspielchef Guido Huonder bei einem Redaktionsbesuch im Dortmunder Rundschauhaus.

Huonder, dessen Ensemble bundesweit gefragt ist und bei mehreren renommierten Festivals die Stadt repräsentiert (heute, Samstag, 20 Uhr, gibt's im Dritten TV-Programm die Dortmunder Fassung von Taboris „Mein Kampf“ beim NRW-Theatertreffen), erklärte sich im Kampf gegen Etat Kürzungen „total solidarisch mit den anderen Revier-Theatern“, denn „im Ruhrgebiet gibt es kein einziges Theater zuviel“. Der gebürtige Schweizer ist da fürs: „Kantönlidenken“: „In der Schweiz ist jede Stadt stolz, daß sie alles hat.“

Früher 45 Ensemblemitglieder, heute nur noch 25

In Dortmund, so Huonder, habe man zuerst die bittere Erfahrung

gemacht, die nun z. B. auf Essen zukomme. Die in Dortmund vor Jahren veranlaßten Einschnitte „werden jetzt erst eigentlich spürbar“. 1975 habe das DO-Ensemble noch aus rund 45 Schauspielern bestanden, heute seien es 25. Folge: So gerne man auf Festivals für die Stadt werbe, so schmerzlich sei es, daß man an den betreffenden Tagen daheim nicht mehr spielen könne. Die Personaldecke sei einfach zu kurz. Huonder: „Ich kann meine Leute nicht auswingen.“ Ohnehin müsse man „am Rande der Ausbeutung“ arbeiten: „Unsere Erfolge sind ein Ding von Arbeit und Maloche“.

Die oft als Spar-Chance erwogenen Kooperationen mit anderen Bühnen brächten erfahrungsgemäß gar keine Einsparungen, sondern sogar Mehraufwand. Eine zentralisierte Werkstatt für mehrere Revier-Theater könne hingegen sinnvoll sein. Weitere Konsequenz der Festival-Verpflichtungen sei ein höherer Erwartungsdruck. Es sei aber eine Qualitätsgrenze erreicht, die mit den jetzigen Mitteln nicht überschritten werden könne.

Gerne mal einen Widerhall aus Politikermund hören

Der gute überregionale Ruf ist hochwillkommen, aber: „Ich bleibe gern auf dem Teppich“. Allerdings, so Huonder, würde er gerne öfter mal einen Widerhall der Erfolge aus Politikermund hören. „Das würde etwas in der Öffentlichkeit bewirken“. Viele Politiker hätten aber immer noch nicht gemerkt, daß „Kultur eine feste Größe ist, die man eigentlich gar nicht anrühren darf.“

Man müsse eben endlich weg von der Diskussion, ob Kultur nötig sei, und lieber darüber reden, welche Kultur man wolle. Denn: „Kultur ist der Humus einer Stadt“. In einer der reichsten Nationen der Welt müsse doch einfach das Geld dafür vorhanden sein. Vorsicht sei jedenfalls beim Anzapfen mäzenatischer Geldquellen geboten. Im Erfolgsfall könnten Politiker versucht sein, die Kulturschaffenden vollends auf private Geldgeber zu verweisen.

Theatermann vermißt ein übergreifendes Konzept

Huonders rhetorische, bislang noch zu verneinende Frage: „Gab's einmal ein kulturpolitisches Konzept in Dortmund?“ Der Theatermann träumt jedenfalls von einem solchen Konzept, das – gleichsam eine große Inszenierung auf der „Bühne Stadt“ – die gesamte örtliche Kultur einbezieht und bündelt, aber dennoch das Einzelne, Individuelle „zum Blühen bringt“.

Auch zum Bochumer Musical-Unternehmen „Starlight Express“ äußerte sich Huonder. Er glaubt – „wenn wir gutes Theater machen“ – nicht an Besucherschwund in Dortmund, fürchtet aber eine „Amerikanisierung“, die als Vorbild in Politiker-Köpfen spuken könnte. „Starlight“ das sei bloße Importware ohne rechte Ecken und Kanten – „und ohne Revier-Power“.

Künstler werben für Europa – auf Einladung der Straßburger SPD-Abgeordneten

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Bonn/Dortmund. Mit der bundesweiten Aktion „Künstler malen ihr Bild von Europa“, will die SPD im Herbst für den europäischen Gedanken werben. In zwölf Großstädten, darunter Dortmund, werden Künstler Plakatwände mit europäischen Themen gestalten.

Start des Kunstspektakels, zu dem die SPD-Europa-Abgeordneten aufgerufen haben, ist am 18. September in Kassel (zwei Tage vor Schluß der „documenta“). In Dortmund werden am 21. September die Künstler Hanno Otten (Köln) und Henning

Eichinger (Dortmund) auf dem „Alten Markt“ zwei eigens aufgestellte Wände zu Euro-Plakaten umfunktionieren.

Organisator der Malaktion, die in Städten aller Bundesländer und in Berlin stattfinden wird, ist Paul Pauly, ehemals Bonner Fraktionsmitarbeiter der „Grünen“ (speziell Joschka Fischers) und 1983 für deren vielbeachtete Kultur- und Wahlkampfaktion „Grüne Raupe“ sowie für Anti-Atom-Konzerte in Wackersdorf verantwortlich. Pauly, der 1984 aus den Diensten der Umweltpartei ausschied: „Bei den ‚Grünen‘ gibt es immer noch Defizite in Sachen Kultur, deshalb mache ich das jetzt für die SPD.“

Pauly will den Künstlern, die u. a. durch Vermittlung des Deutschen Künstlerbundes zusammenkamen und je 2000 DM Honorar erhalten, größtmögliche Freiheiten lassen. So müsse es durchaus nicht beim bloßen Plakatmalen bleiben; auch andere Aktionen und die Einbeziehung der Bevölkerung seien möglich. Pauly setzt hierbei auf Künstler wie Ben Wargin (in München) oder Timm Ulrichs (in Hannover), die schon des öfteren für öffentlichkeitswirksame Auftritte gut waren.

Finanziert wird das Ganze aus jenem 50-Millionen-Etat, den das Europaparlament sich für „Reklame in eigener Sache“ genehmigte und der auf alle dort vertretenen Fraktionen verteilt wird. Die SPD, so Pauly („Die Bevölkerung weiß noch viel zu wenig über Europa“), werde ihren Anteil vornehmlich in Kultur investieren. Die Malaktion soll dabei nur eine von vielen Veranstaltungen sein.

Unter anderem ist auch ein großes Nordsee-Musikfestival für August 1988 im Gespräch, an dem alle Anrainerstaaten beteiligt sein sollen. „Ganz nebenbei“ will man so auf die drohende Umweltkatastrophe (Wasserverschmutzung) aufmerksam machen. Als möglichen Veranstaltungsort peilt Pauly das „Motodrom Halbmond“ bei Norden/Ostfriesland an, in dem rund 70 000 Zuschauer Platz finden und in dem sonst Speedway-Fahrer ihre Runden drehen. Auch eine europaweite Theatertournée schwebt

Pauly vor. Die Bilder der herbstlichen Kunstaktion sollen übrigens der Nachwelt erhalten bleiben. Paul Pauly hat sich dazu ein Rahmensystem ausgedacht, mit dem die fertigen Bilder von den Plakatwänden genommen werden und zu Ausstellungen geschickt werden können.

Ganz ohne Politik geht's bei der Kunstaktion nicht ab: Sie soll Auftakt zu einer größeren Informationskampagne sein, bei der man bereits jetzt die Europawahlen (Juni 1989) im Visier hat.

Vor 50 Jahren: Nazis stellten die Moderne an den Pranger / Zur Ausstellung „Entartete Kunst“ von 1937

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Wieder einer jener schandbaren Gedenktage, von denen wir Deutschen aus eigener Schuld so viele haben: Am 19. Juli 1937, vor genau 50 Jahren, wurde in den Münchner Hofgartenarkaden die Hetz-Ausstellung gegen die damals so genannte „Entartete Kunst“ eröffnet. Mit dieser Veranstaltung, die 730 Werke von 112 Künstlern umfaßte, denunzierten die Nazis die gesamte Moderne der Kunst. Die Namen der damals an den Pranger gestellten Künstler lesen sich heute als „Ehrenliste“: Barlach, Beckmann, Chagall, Corinth, Dix, Ernst, Feininger, Grosz, Kandinsky, Kirchner, Kokoschka, Lehmbruck, Macke, Marc, Nolde, Picasso seien nur stellvertretend genannt.

Die Auswahl (sprich: entschädigungslose Beschlagnahme in Museen und bei Privatsammlern) besorge – im Auftrag des früh gescheiterten Mächtigen-Malers Hitler – der damalige Präsident der „Reichskammer der Bildenden Künste“, Adolf („Meister des Schamhaars“) Ziegler, der sich vor allem mit erbarmungslos kitschigen Aktbildern hervorgetan hatte. Von solcher Art waren denn auch die Bilder, die – zeitlich parallel – im Münchner „Haus der deutschen Kunst“ den mißliebigen „Modernen“ als Beispiel vorgehalten wurden.

Rund zwei Millionen sahen die Wanderausstellung in München, Berlin, Leipzig, Düsseldorf und Frankfurt. Die NS-Machthaber karrten selbstverständlich ganze Schulklassen oder BDM-Gruppen an die Ausstellungsorte. Allerdings: Nicht alle Besucher verspürten jenen propagandistisch geschickt aufgestachelten Haß auf jegliches Unbekannte und Verstörende, der sich manchmal auch darin entlud, daß Bilder in der Ausstellung bespuckt wurden. Gar mancher kam jedoch aus (heimlicher) Liebe zu diesen Kunstwerken und nutzte damit die für lange Zeitletzte Gelegenheit, sie in Deutschland öffentlich zu sehen.

Zunächst hatte es noch Tendenzen gegeben, den Expressionismus als „nordische Kunst“ für NS-Zwecke zu vereinnahmen. Propagandaminister Joseph Goebbels besaß privat einige Bilder von Emil Nolde, den auch seine Parteimitgliedschaft hernach nicht vor Aussonderung bewahrte. Es setzte sich die breitere Strömung durch: die Kampfansage an alle Kunstrichtungen, die nicht einem verlogenen Klassizismus huldigten, mithin an die gesamte Moderne, besonders nachdrücklich aber an offen sozialkritische Kunst wie die eines Otto Dix und eines George Grosz.

Seele des Kleinbürgers zum Kochen gebracht

Nach der infamen Wanderschau, die die Kunstwerke bewußt lieblos und möglichst nachteilhaft präsentierte, sie aber sicherheitshalber noch mit höhnischen Kommentaren versah,

wurden zahllose Werke verfemter Künstler am 30. Juni 1939 bei einer Auktion im schweizerischen Luzern zu Spottpreisen verschleudert; ein Großteil davon ist deshalb heute in Großbritannien oder den USA zu finden. Bereits im März 1939 hatte man auf dem Hof der Berliner Hauptfeuerwache noch kürzeren Prozeß gemacht: Tausende von nicht genehmen Kunstwerken wurden dort verbrannt.

Verfolgung und Vernichtung aller ernstzunehmenden Kunst, mit Ausstellungs- oder gar Malverbot einsetzende Drangsalierung von Künstlern bis hin zur Ermordung, kamen natürlich nicht aus heiterem Himmel. Das Regime nutzte die Entfremdung breiter Schichten von der modernen Kunst, es nutzte tiefsitzende Vorurteile, die schon in der wilhelminischen Kaiserzeit gepflanzt worden waren. Die Seele manches zu kurz gekommenen Kleinbürgers mußte nur noch zum Kochen gebracht werden – und darauf verstand man sich im „Dritten Reich“. NS-Maßnahmen gegen Künstler begannen auch nicht etwa erst 1937, sondern schon 1933 – in Reden Hitlers, die bereits sehr deutliche Drohungen enthielten, aber auch ganz konkret, z. B. mit der Schließung des „Bauhauses“ schon im Jahr der „Machtergreifung“.

Wozu diese Erinnerungen? Wir sind doch weit weg von jenen Zeiten, haben zahllose neue Museen gebaut, die damals verfemten Bilder erzielen Höchstpreise und die großen Ausstellungen sind überlaufen... Jedoch: Hat es in unserer Republik etwa keine Ausfälle und Ausschreitungen gegen Kunst gegeben (Beuys, Serra, Vostell usw.)? Und: Wer versichert uns, daß die jüngst erhobene Forderung, „endlich wieder“ Nazi-Kunst in unseren Museen zu zeigen, nicht eines Tages aggressiver, mit gefährlicheren Argumenten und einflußreicheren Fürsprechern vorgebracht wird?

Duisburg als Vorreiter beim Kulturaustausch mit der DDR – Bilanz nach dem „Akzente“-Festival

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Duisburg. Einen gewaltigen „Bammel“ hatten alle Beteiligten vor dem Duisburger Kulturfestival „Akzente“. Bei einer bisher beispiellos vielfältigen West-Präsentation von DDR-Kultur hätte ja so vieles „schiefgehen“ können. Doch gestern, nach vollbrachten Taten, konnten Duisburgs Kulturdezernent Konrad Schilling und seine Mitstreiter hörbar aufatmen.

„Kein einziger Flop“ (Schilling) sei ihnen unterlaufen, die Besucherzahl von 73 000 könne sich hören lassen, und praktisch alle Veranstaltungen seien von hoher Qualität, ja meist richtig „aufregend“ gewesen. Schilling zitierte bei seiner Bilanz den DDR-Kulturminister Hoffmann, der gesagt habe, dies sei „ein Festival des Lernens“ gewesen – für beide Seiten.

Die insgesamt rund 110 Veranstaltungen, die – vom Deutschen Theater Ost-Berlin bis hin zu Autoren wie Christa Wolf – zahlreiche „Einblicke“ (Festival-Untertitel) in die Kultur des zweiten deutschen Staates ermöglichten, brachten auch zahlreiche „informelle Kontakte“ mit sich. Wie Duisburgs Oberstadtdirektor Richard Klein gestern befriedigt feststellte, haben solche Begegnungen bleibende Nachwirkungen. Klein zeigte sich vom Verlauf des gesamten Festivals „überwältigt“.

Kulturdezernent Schilling ließ anklingen, daß Duisburg den Ruhm nicht ganz allein ausschöpfen wolle. Man habe dermaßen viele und wichtige Kontakte in die DDR geknüpft, daß auch

andere (Revier-)Städte davon profitieren könnten. Freilich müsse festgehalten werden, daß Duisburg im Kulturaustausch mit der DDR eine Vorreiterrolle gespielt habe. Das Akzente-Festival sei dabei lediglich ein Höhepunkt. Im Grunde vollziehe sich hier ein langer, tiefgreifender Prozeß, gleichsam das langsame Wachstum eines „zarten Pflänzchens“, dessen erstes Aufkeimen man in Duisburg gesehen habe. Ein erfreuliches Anzeichen sei zum Beispiel, daß man eine Duisburger Ausstellung mit DDR-Leihgaben durch ein schlichtes Telefonat mit dem DDR-Kulturministerium habe verlängern können. So etwas sei vor einem halben Jahr noch ganz undenkbar gewesen,

Auch für das nächste Akzente-Festival im Jahr 1988 erwarten die Duisburger eine starke Beteiligung von DDR-Künstlern. Im nächsten Jahr soll das Schwerpunktthema „Die Kulturleistungen des deutschsprachigen Judentums“ lauten. Der Rat der Stadt muß die Planung noch bestätigen.

Duisburg als „Eisbrecher“ im west-östlichen Kulturbetrieb – so könnte auch die Schlagzeile für die zweite Großunternehmung lauten, die gestern im Rathaus der Revierstadt bilanziert wurde. Die Rede ist vom Gastspiel der „Deutschen Oper am Rhein“ (Duisburg/Düsseldorf) und der Duisburger Sinfoniker in Moskau. Die Sowjets hätten den Klangkörper aus Duisburg geradezu enthusiastisch gefeiert, hieß es dazu. Das Orchester aus dem Ruhrgebiet habe sich vor einem verwöhnten und daher kritischen Publikum selbst übertroffen.

Plötzlicher **Sinneswandel:**
Wuppertals **Intendant**

Fabritius gibt auf

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Wuppertal. Kehrtwende um 180 Grad: Während noch bei der Spielplan-Pressekonferenz am Mittwoch beim Wuppertaler Theater alles in schönster und stabilster Ordnung zu sein schien (WR berichtete), brach gestern unverhofftes Chaos aus. Generalintendant Jürgen Fabritius, der am Mittwoch noch in „voller Gewißheit“ (Fabritius) seine Bereitschaft zur Vertragsverlängerung um fünf Jahre angekündigt hatte, warf wenige Stunden später das Handtuch.

In einem gestern bekannt gewordenen Brief an den Kulturdezernenten Heinz Theo Jüchter schrieb Fabritius: „Ich möchte Ihnen mitteilen, daß ich für eine weitere Abstimmung über meine Vertragsverlängerung nicht mehr zur Verfügung stehe.“ Er sehe keine Basis für eine weitere Zusammenarbeit, weil der Kulturausschuß eine bereits empfohlene Vertragsverlängerung abgelehnt habe.

Anlaß für den urplötzlichen Sinneswandel war eine offenbar turbulente Sitzung des Wuppertaler Kulturausschusses am Mittwoch abend, bei der harte Kritik an Fabritius laut wurde. Die Schelte bezog sich auf die Qualität einzelner Schauspiel-Inszenierungen (vor allem: „Dreigroschenoper“), auf die Stagnation der Besucherzahlen im Schauspiel und auch schon auf den frisch veröffentlichten Spielplan '87/'88. Der Ausschuß mochte dem Rat nicht empfehlen, Fabritius' Vertrag über 1988 hinaus zu verlängern.

Als er von dieser Stimmungslage erfuhr, schrieb der konsternierte (seit 1983 in Wuppertal tätige) Generalintendant des Dreispartentheaters seine zitierte Absage. Kulturdezernent Jüchter, dem das Schreiben gestern-zuging, trocken: „Ich nehme den Brief zur Kenntnis“. Man werde nicht

versuchen, Fabritius zu halten.

Meinungsumschwung im Kulturausschuß „auf kaltem Wege“?

Während Jüchter betont, die Kritik an Fabritius sei quer durch alle Fraktionen (SPD, CDU, FDP, „Grüne“) gegangen, wittert man am Theater das Schlimmste. Fabritius zur WR: Der „erdrutschartige Meinungsumbruch“ im Kulturausschuß müsse „auf kaltem Wege“ zustande gekommen sein. Das Ensemble sei „maßlos überrascht und brüskiert“.

Bühnen-Pressesprecher Hanns-Peter Keßler vermutet gar einen „politischen Deal“, der erst in den letzten Tagen hinter den Kulissen stattgefunden haben könne und die bisherige Mehrheit im Kulturausschuß gekippt habe. Danach hätten nur noch die „Grünen“ hinter Fabritius gestanden.

In der Tat hatte es bis Mittwoch den Anschein gehabt, als sei alles „in trockenen Tüchern“. Die Bühnenkommission hatte dem Intendanten noch im Juli 1986 die Vertragsverlängerung nachdrücklich angetragen. Der hatte sich, um Verhandlungen über den Bühnenetat abzuwarten, Bedenkzeit erbeten. Als sich nun eine Etat-Steigerung abzeichnete, war Fabritius zur Annahme bereit und ging mit dieser Mitteilung am Mittwochmorgen auch an die Öffentlichkeit.

Allerdings: Schien er auch relativ sicher im Sattel zu sitzen, so war Fabritius doch – wie auch Pressesprecher Keßler einräumen muß – ein durchaus umstrittener Intendant.

Fest steht, daß sich die Wuppertaler eilig auf Intendantesuche begeben. Kulturdezernent Jüchter: „Im Sommer '87 wollen wir den ‚Neuen‘ verpflichten.“ Fabritius schwant Böses: Hoffentlich, so der Noch-Intendant, werde man seinem Nachfolger keine Etat-Verschönerung oder eine Sparteneinschränkung aufnötigen.

Die breite Straße des Realismus – Querschnitt durch die DDR-Kunst in Bonn

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Bonn. Der DDR-Maler Bernhard Heisig stand gestern im Mittelpunkt des Interesses, als in der NRW-Landesvertretung an der Bonner Dahlmannstraße die Ausstellung „Menschenbilder – Kunst aus der DDR“ (bis 16. Januar '87 in Bonn) vorgestellt wurde, die heute von Ministerpräsident Johannes Rau eröffnet wird.

Heisig hat Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dessen Wunsch für die „Kanzlergalerie“ im Bundeskanzleramt porträtiert. Ein Schmidt-Porträt ist nun Blickfang der Ausstellung, ein weiteres wurde gestern im Kanzleramt übergeben. Es ist das künstlerisch höchstrangige offizielle Kanzlerporträt, vergleichbar allenfalls mit Oskar Kokoschkas Adenauer-Bildnis, das freilich seinerzeit keinen amtlichen Beifall fand.

Heisig hat sich nicht vom Klischee des „Machers“ Schmidt blenden lassen, er hat den Menschen hinter dem Image gesucht, und dieser Mensch strahlt vor allem wache Nachdenklichkeit aus. Beschaulich kann es aber bei den Porträt-Sitzungen nicht zugegangen sein. Heisig zur WR: „Schmidt steckte voller Ungeduld und bewegte sich dauernd. Ich mußte sein Gesicht auswendig lernen“. Ob er auch Helmut Kohl, einen (höchst unwahrscheinlichen) Auftrag vorausgesetzt, malen würde? Heisig: „Das ist keine Frage politischer Sympathien. Es gibt Gesichter, die macht man, und es gibt Gesiebter, die macht man nicht.“

Es war sicher kein Zufall, daß Schmidt einen renommierten DDR-Künstler beauftragte. Die Ausstellung „Menschenbilder“, ein Querschnitt durch vier Jahrzehnte DDR-Kunst, macht nämlich deutlich, daß im zweiten deutschen Staat die realistische und also auch die Bildnis-Tradition nie abgerissen sind. Das „Menschenbild“ war immer gegenwärtig. Von plattem sozialistischem Realismus kann aber längst nicht mehr die Rede sein, der „Bitterfelder Weg“ (Einschwörung der Kunst auf den Sozialismus im Jahr 1959) ist zur breiten Straße geworden. In der DDR haben sich ganz unterschiedliche Realismen entfaltet, auch solche, die Brüche, Risse und Krisenphänomene darstellen.

Günther Einert, NRW-Minister für Bundesangelegenheiten und Hausherr der Landesvertretung, wies stolz auf die museumsreife Qualität der (von DDR-Seite nicht behinderten) Auswahl hin. Die Ausstellung umfaßt weit über 100 Werke von 14 DDR-Künstlern. Die Crème der DDR-Kunst ist vertreten, neben Heisig u. a. Wolfgang Mattheuer, Arno Rink, Willi Sitte und (der 1906 in Arnsberg geborene) Fritz Cremer, der das Mahnmal für das KZ Buchenwald schuf.

Der Ausstellungsort Bonn signalisiert politische Bedeutung (Stichwort: Kulturabkommen). Diesen Aspekt betonte gestern der stellvertretende Kulturminister der DDR, Dietmar Keller, der die Brücke vom Realismus in der Kunst zum Realismus zum Realismus in den politischen Beziehungen schlug. Ab 8. Februar 1987 kommt die Ausstellung ins Westfälische Landesmuseum in Münster.

Heyme verlegt Schillers

„Wilhelm Tell“ in die Zeit der Ruhrbesetzung

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Essen. So wie er im Buche steht, ist Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ längst unspielbar. Und so entledigt sich denn auch Hansgünther Heymes „Tell“ (Walter Kreye) solch güldener Worte wie „Durch diese hohle Gasse muß er kommen“, ganz hastig, als lasse er eine heiße Kartoffel fallen.

Der „Tell“ verfolgt Heyme seit Mitte der 60er Jahre, zunächst in Wiesbaden, dann nach Stuttgart, jetzt bis nach Essen. Oder besser: Heyme verfolgt den „Tell“, und zwar mit Kardinalfragen aus der neueren deutschen Geschichte. Unerbittlich.

Schon bei Schiller stand ja jener Kampf der Schweizer Kantone gegen Habsburg für deutsches Mißbehagen an französischer Besatzung im Vorfeld der Befreiungskriege. Heyme verpflanzt die Handlung ins Jahr 1923, als abermals Franzosen über den Rhein kamen und diesmal das Ruhrgebiet besetzten, um sich verweigerte Reparationsleistungen zu sichern. Bei Heyme geht das anfangs nach Art des „Grand Guignol“: Wie in einer Art Kasperltheater bespringt der gallische Hahn die blonde Germania, nach dem Gewaltakt galoppieren Marionettenpferdchen auf, es züngeln Flämmchen aus Pappe.

Zur Ruhrkampf-Zeit war „Tell“ im Revier eine Symbolfigur des Widerstands. Heyme wiederum will, was bis zu einem gewissen Grad legitim ist, zeigen, daß reaktionäre Kräfte diesen Widerstand ins Nationalistische umbogen, wodurch der NS-Ideologie der Boden bereitet wurde. Ob man all dies unbedingt an Schillers Stück demonstrieren muß, bleibt die Frage.

„Tausendjähriges“ Volkserbe und „Heil“-Rufe

Aus den verschiedenen Zeit-Ebenen ergibt sich auf der Bühne des Essener Grillo-Baus eine historische Collage, die mitunter ausfranst, zum „Flickerlteppich“ wird. Heyme mag die von Schiller positiv besetzten Freiheitskämpfer durch Streichungen und neue Betonungen noch so sehr ins Zwielficht zerren, er mag noch so nachdrücklich Satzketten wie die vom „tausendjährigen“ Volkserbe oder „Heil“-Rufe (die ja im Stück vorkommen) hervorheben – direkte Parallelen ergeben sich nur punktuell; wo Heyme mehr will, wirkt es zwang- und thesenhaft. Freilich: Reibflächen produktiven Widerspruchs hat Heyme dem Klassiker abgewonnen. Einige Aha-Erlebnisse kommen aber allzu früh und fraglos: Der Bühnenhintergrund ist schwarz-weiß-rot; also die Farben der Deutschnationalen und der NS-Fahnen. Damit's überdeutlich wird, gleicht das rote Feld einem Blutspritzen.

Tell ist hier der brav-blauäugige Proletarier, äußerlich von Brecht'schem Zuschnitt. Auch Heyme kann Arbeiterposen nur noch ironisch zeigen, sozialistischen Realismus parodierend. Tell ist letztlich bloßes Werkzeug der Besitzenden, die bei der bündischen Sonnenwendfeier des Rütli-Schwurs die Widerstands-Fäden ziehen – allen voran der wohlhabende Stauffacher, der hier Krupps Rolle im Ruhrkampf durchscheinen lassen muß. Teil hat folglich „blaß“ und ausnutzbar zu erscheinen, Vogt Geßler (Michael Enk) kommt als eher trockener Funktionär daher, der „edle“ Attinghausen (Karl-Heinz Pelser) als Altgeneral aus preußischem Junkertum. Der im Stück ausdrücklich als Biedermann bezeichnete Stauffacher ist hingegen Brandstifter. Dies zu zeigen, gelingt dem weitaus besten Darsteller, Wolfgang Robert, mit beachtlicher Nuancierung.

Der 1. Mai als weltweiter Vorboten einer besseren Zukunft – Ausstellung zur internationalen Geschichte des „Kampftags“

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Recklinghausen. Daß die historische Formel von den „Arbeitern aller Länder“, die sich vereinigen sollen, nicht auf bloßem Wunschenken beruhen könnte, schwant den Mächtigen zumindest noch an einem Tag des Jahres: Am 1. Mai. Diesen Schluß soll zumindest eine Ausstellung im Foyer des Ruhrfestspielhauses nahelegen, die erstmals in dieser Breite und Fülle die internationale Geschichte und Gegenwart des „Kampftags der Arbeiter“ dokumentiert.

1979 waren, an gleicher Stätte, Plakate und Dokumente zu nationalen Aspekten des 1. Mai gezeigt worden, nun hat die Berliner Neue Gesellschaft für bildende Kunst (NBK) ihr reichhaltiges Archiv (3500 Sammelstücke) zur weltumspannenden Geschichte dieses Datums geöffnet und Recklinghausen rund 200 Exponate zur Verfügung gestellt. Für die Ausstellung interessieren sich schon jetzt zahlreiche Institute im Ausland.

Ganz leicht hat es die NBK dem Deutschen Gewerkschaftsbund (neben der Stadt Recklinghausen Träger der Ruhrfestspiele) nicht gemacht: Unter den Plakaten, Fotos und Zeitungsausschnitten aus 100 Jahren (1886 proklamierte man in den USA den 1. Mai als Kampftag, der dann aber vor allem für Europa Bedeutung gewann) befinden sich beispielsweise auch Dokumente aus Syrien (Maikundgebung für das palästinensische

Volk) und Fotografien der Maidemonstrationen auf Kuba.

Man sieht übrigens nicht nur Bilder proletarischer Siegesgewißheit, sondern auch Belege für staatliche Repression und Dokumente der Rückschläge, die die Arbeiterbewegung hinnehmen mußte.

Interessant ist neben den politischen und gewerkschaftlichen Aspekten auch die Verzweigung der künstlerischen Traditionsstränge. Griffen die Plakatmacher zunächst noch auf bildliche Traditionen zurück, die sich in der Französischen Revolution herausgebildet hatten (barbusig in eine bessere Zukunft voranstürmende Heldinnen und dergleichen), so wurden später auch rein graphisch wirksame Lösungen gesucht und gefunden, so etwa für ein polnisches Plakat, das die aufragende Gestalt der Zahl 1 zum Blickfang macht.

Die Ausstellung wird am heutigen Volksfesttag im Rangfoyer des Festspielhauses gezeigt (ab morgen dann im Hauptfoyer) und dauert bis 27. Juni. Das Katalogbuch (ASSO-Verlag, rund 600 Abbildungen) soll in etwa zwei Wochen erscheinen.

VS-Kongreß mit erbitterten Grabenkämpfen – bedenkliche Fraktionsbildung in Berlin

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Berlin. Sekunden, nachdem Wahlkommissionsleiter Josef Reding (Dortmund) verkündet hatte, daß Hans-Peter Bleuel erneut zum Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS)

gewählt sei, stürmte am frühen Samstagabend Berlins VS-Vorsitzender Hans Christoph Buch ans Mikrofon: „Meine Berufsehre als Schriftsteiler erlaubt es mir nicht, noch länger Mitglied in diesem Verband zu bleiben!“

Ihm auf dem Fuße folgten Hans Christian Kirsch, Vorsitzender des Landesbezirks Rheinland-Pfalz, der sein Amt zur Verfügung stellte, und Karin Struck, die in äußerster Verbitterung ihren Austritt aus dem VS erwog. Beginn einer von vielen befürchteten neuen Austrittswelle? Der Anfang vom Ende des VS?

Am gestrigen Schlußtag des Kongresses blieben alle Berliner Delegierten einschließlich Bleuels unterlegener Gegenkandidatin Anna Jonas, der Versammlung fern. Schlechter Stil, wahrlich.

Die Berliner „Rebellen“ und ihre Anhänger (im nichtstimmberechtigten Autoren-Publikum weitaus zahlreicher vertreten als unter den Delegierten) konnten die redlich, aber blaß wirkende Anna Jonas nicht gegen Bleuels stramme Fraktion durchsetzen. Nicht einmal mehr den sprichwörtlichen Fuß haben die Opponenten in der Vorstandstür, denn Ex-DDR-Autor Erich Loest lehnte es strikt ab, dem Gremium ein weiteres Mal unter Bleuels Vorsitz anzugehören.

Neben den Stellvertretern Max von der Grün und Jochen Kelter gehören dem neuen Vorstand als Beisitzer an: Gert von Paczensky, Lenelotte von Bodmer, Wolf Peter Schnetz und Angela Hoffmann – eher ein Funktionärs- als ein AutorenVorstand, sagen die Kritiker.

Bleuel wankte, aber er fiel nicht. Der Mann, dem niemand routinierte Könnerschaft in gewerkschaftlicher Kleinarbeit bestreiten kann, der aber besonders in Fragen des Ost-West-Verhältnisses nicht immer instinktsicher handelte und mit seinem bisherigen Vorstand nicht zurechtkam, saß alle Angriffe gegen seine Amtsführung aus. Auf seine Gefolgschaft, besonders aus Bayern, konnte er sich einmal mehr verlassen.

Literarischer Verein oder Gewerkschaft?

Einig waren sich wohl alle Kongreßteilnehmer in der Bestürzung über das Niveau der vorangegangenen Auseinandersetzungen. Martin Walsers Worte von der „fraktionierten Lächerlichkeit“, von den Fraktionen, die offenbar die Phantasie völlig verdrängt hätten, bezogen sich auf die von zahlreichen Tiefschlägen begleiteten Debatten (Bleuel wurde gar Organisations-Stalinismus vorgeworfen). Auch Max von der Grün befand: Das Niveau einer Sitzung in seinem Dortmunder Vorort-Verein sei höher als das dieses Schriftsteller-Kongresses.

Zwei panische Versuche, Bleuel in letzter Minute doch noch einen literarisch hochrenommierten Integrationskandidaten entgegensetzen, scheiterten kläglich. Martin Walser, als Notkandidat gegen drohende Spaltungstendenzen „aus dem Hut gezaubert“, hatte zu diesem Zeitpunkt (kurz nach seiner besagten Rede) den Kongreß bereits mit unbekanntem Ziel verlassen. Und: Trotz des tosenden Beifalls, der sie zum Podium begleitete und sie wohl zu einer Kandidatur bewegen sollte, mochte sich Ingeborg Drewitz, 1984 von der Fraktion um Bleuel und Bemt Engelmann ausgebootet, nicht noch einmal derart düpieren lassen. Schließlich fand Angela Hoffmanns Versuch, eine Art „Frauenliste“ zu präsentieren („Mindestens 50 Prozent Frauen in den Vorstand!“) bei den 46 Delegierten keine Mehrheit.

Karin Struck, die neben Ingeborg Drewitz und Anna Jonas auf dieser Frauenliste hätte stehen sollen, hatte zuvor noch einmal ein Hauptthema des Kongresses zur Sprache gebracht: die nach ihrer Ansicht unter literarisch-ästhetischen Gesichtspunkten gänzlich unterbelichtete Zusammensetzung der Verbandsspitze. Sie, Karin Struck, habe nichts gegen Sachbuchautoren, aber: „Die Poesie ist das Herz der Literatur. Darum muß ein Poet an die Spitze.“ Die bisher praktizierte Art von politischem Schulterenschluß zerstöre jedoch jede Poesie und treibe alle sensiblen Autoren aus dem Verband. Dem hielt Bernt Engelmann entgegen: „Wir sind kein literarischer Verein,

sondern eine Gewerkschaft!“

Kommentar

Schriftstellerverband vor Austrittswelle

Schwerer Schaden

Der Verband Deutscher Schriftsteller (VS), gegründet 1969, ist „im Jahre 1 nach Böll“ in der größten Gefahr seit seinem Bestehen. Auf dem Berliner Schriftsteller-Kongreß waren weit und breit keine literarisch renommierten Kandidaten oder Kandidatinnen in Sicht, die die mühselige Kleinarbeit der längst fälligen Integration streitender Fraktionen auf sich nehmen wollten.

Unerbittlich wie nie zuvor stehen sie sich gegenüber: Hie Hans-Peter Bleuel, alter und neuer Bundesvorsitzender samt Gefolge, aus taktischen Erwägungen oft zu problematischen Kompromissen mit DDR-Sprachregelungen neigend, dort die Sympathisanten des Berliner Landesbezirks, der – nicht zuletzt durch den Zustrom ehemaliger DDR-Autoren – in Menschenrechtsfragen sensibler geworden ist.

Da Baleuels Linie nunmehr für weitere drei Jahre das Feld überlassen bleibt, ist eine weitere Austrittswelle zu befürchten, die der Verband nicht ohne schweren Schaden verkraften wird.

In der angestrebten Medien-Gewerkschaft wird das Gewicht der rund 2400 VS-Autoren nicht nur nach ihrer relativ geringen Zahl, sondern vielleicht noch mehr nach bekannten Namen bemessen werden. Das Austritts-Alphabet reicht aber jetzt schon von Achternbusch bis Zwerenz. Und es ist noch keineswegs ausgemacht, ob Günter Grass, der wegen einer Auslandsreise dem Kongreß fernblieb, noch im VS bleiben wird. Wenn aber die

Interessenvertretung der Autoren dermaßen geschwächt, ja gespalten wird, so kann-dies niemandem gleichgültig sein, , dem an der literarischen Kultur dieses Landes liegt.

Bernd

Berke

Max von der Grün: Ärger mit der Frau

(bke) Max von der Grün, bekannter Dortmunder Schriftsteller, wurde am Wochenende in Berlin zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Verbands Deutscher Schriftsteller (VS) gewählt (siehe auch Bericht auf Seite Kultur).

Von der Grün, der auf Drängen des NRW-Landesbezirks überraschend kandidierte und der einzige prominente Autor im neuen VS-Bundesvorstand ist, gestern in Berlin zur WR: „Jetzt werd' ich sicher Ärger mit meiner Frau bekommen, denn das Amt kostet sehr viel Zeit.“

Der Autor, der im Mai 60 Jahre alt wird, war von Kollegen gar gebeten worden, für den Bundesvorsitz zu kandidieren, was er jedoch ablehnte. Von der Grün: „Wenn ich in dieser Eigenschaft bei einem Ministerium hätte vorsprechen müssen, hätte ich eine Allergie bekommen.“ Von der Grün präsierte gestern erstmals dem Bundeskongreß und hatte dabei noch kleine Probleme mit komplizierten Satzungs- und Geschäftsordnungsverfahren. Schon vor seiner Wahl hatte er allerdings gesagt: „Ich bin auch in meinem jetzigen Alter noch lernfähig.“

Wiederwahl von Bleuel kann eine Austrittswelle auslösen – Beim Schriftsteller-Kongreß in Berlin knistert es hörbar

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Berlin. Die Berliner „Rebellen“ im Verband Deutscher Schriftsteller (VS) haben den VS-Bundesvorsitzenden Hans-Peter Bleuel offenbar aus dem Tritt gebracht. Noch immer ist nicht klar, ob Bleuel auf dem Schriftsteller-Kongreß, der gestern in Berlin begann, wieder für dieses Amt kandidiert.

Bleuel gestern zur WR: „Ich warte erst die Aussprache über die Geschäftsberichte ab.“ Diese Aussprache aber findet, vor den mit Spannung erwarteten Vorstands-Neuwahlen, erst am heutigen Samstag statt. Schon zu Kongreß-Auftakt knisterte es hörbar. Bleuel schalt in seinem Geschäfts- und Tätigkeitsbericht die „selbstgefälligen Untätigkeitsberichte“ mehrerer Vorstandskollegen und griff dabei vor allem den Ex-DDR-Autor Erich Loest an, der wiederum in seinem Bericht gegen Bleuel vom Leder zog.

Bleuel beschränkte sich ansonsten darauf, seine mühselige Kleinarbeit als „bescheidener Praktiker“ in tarifpolitischen Fragen herauszustreichen, nahm aber immerhin den Berliner VS-Landesbezirk gegen Vorwürfe aus der Sowjetunion in Schutz – freilich nicht ohne einige Seitenhiebe gegen dessen Vorsitzenden Hans-Christoph Buch. Dieser wiederum zitierte in einem kurzen Grußwort „zahlreiche Nachwuchsautoren“, die dem VS erst gar nicht mehr beitreten wollten und wünschte sich –

einen sprachlich mißglückten Bleuel-Satz süffisant zitierend – einen „arbeitenderen Bundesvorstand“ als den jetzigen.

Der Kongreß birgt in der Tat reichlich Zündstoff. Auf einen quasi sportlichen Nenner gebracht hieße die Paarung also Berlin gegen Bayern (samt jeweiligen Gefolge in den anderen Landesverbänden). Doch das „Heimspiel“ der Berliner „Rebellen“ (im Rathaus Schöneberg) hat ernste Hintergründe. Sollte der Münchner VS-Vorsitzende Hans-Peter Bleuel tatsächlich kandidieren und mehr Delegiertenstimmen bekommen als die Berliner Gegenkandidatin Anna Jonas, droht wohl eine weitere Austrittswelle, droht vielleicht sogar die Spaltung der Organisation. Auch für den umgekehrten Fall stehen vermutlich langwierige Querelen ins Haus.

Bereitwillig auf offizielle DDR-Positionen eingelassen

Woher aber jetzt noch die dringend benötigten Kompromisse nehmen? Die Vorstands-Unsitten, sich aus taktisch friedenspolitischen Erwägungen allzu bereitwillig auf offizielle DDR-Positionen einzulassen, hat unter dem Ex-Vorsitzenden Bernt Engelmann hohe, unter Bleuel immerhin noch sichtbare Wellen geschlagen. In letzter Zeit haben die Berliner Opponenten um Hans Christoph Buch, Anna Jonas und Günter Grass einen weiteren Schauplatz der Auseinandersetzungen eröffnet. Es dreht sich dabei um die Frage, ob der VS nur rein gewerkschaftliche Interessenvertretung oder auch eine literarische Größe zu sein habe. Die Berliner, mehrheitlich Belletristen, sehen sich von, wie sie ihn abwertend nennen, dem „Sachbuchautor“ Bleuel samt Anhang nicht repräsentiert. Hans-Christoph Buch verstieg sich gar zu dem beinahe wendeverdächtigen Geraune von dichterischen „Genies“, die endlich wieder zu Ehren kommen müßten.

Kühlere Köpfe bewahrten im Vorfeld des Kongreßes Erich Loest, der gewerkschaftliche und literarische Arbeit gleichrangig behandelt sehen will, und F. C. Delius, der das vielzitierte Böll-Wort von der nötigen „Einigkeit der Einzelgänger“

aufgriff, die jedoch keine Parteigänger werden dürften. Gemeinsam für den Erhalt und Ausbau der Rechte zu sorgen, sich aber weder eine politische noch eine literarische Linie vorschreiben zu lassen – selbst diese Formel dürfte nicht unbedingt konsensfähig sein.

Kultur soll die Städte retten – 28 NRW-Kommunen starteten Kampagne „Kultur 90“ mit Expertenanhörung

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Essen. Die 90er Jahre könnten, wenn nicht rechtzeitig und entschlossen gegengesteuert wird, unerquicklich werden: Immer mehr Technik, immer mehr Umweltgifte, immer mehr Fernsehkanäle – und immer weniger Arbeitsplätze.

Vor diesem düsteren Szenario wollen sich unter anderem jene 28 NRW-Städte zwischen Aachen und Bielefeld retten, die sich gestern bei einem Hearing (Anhörung) auf dem Essener Messegelände von Experten – mehrheitlich Professoren verschiedenster Fachrichtungen – den Ist-Zustand erläutern und Zukunftsperspektiven abstecken ließen.

Die erhofften Retterinnen“ vor den kommenden Übeln sinnenleerer Freizeit und bedenkenlosen Konsums heißen „Kultur“ und „Kreativität“. So firmierte das gestrige Hearing denn auch unter dem Motto „Kultur 90“. Es war der Auftakt zu einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen in den

beteiligten Städten, von denen man sich eine Beispielsammlung für künftige Kulturarbeit erhofft. 1987 sollen die Ergebnisse der Kultur-Kampagne bei einer weiteren Anhörung in Essen ausgewertet werden.

Die in ihrem Umfang wohl beispiellose (wenn auch bislang zwangsläufig wenig konkretisierte) Unternehmung, die vom in Wuppertal ansässigen Kultursekretariat koordiniert wird, fährt sozusagen zweigleisig: Einerseits soll mit wissenschaftlicher Rückendeckung den kommunalen Entscheidungsträgern die Dringlichkeit höherer Kulturetats vor Augen geführt werden (zum Vergleich: in Frankfurt sind derzeit rund 11 Prozent des Stadtsäckels für Kultur bestimmt, im Revier zwischen 2,8 und 4,6 Prozent).

Neben der finanziellen Ausweitung des Sektors soll überhaupt der ganze Kulturbegriff erweitert werden: Nicht nur „Repräsentations“- und „Alternativ“-Kultur spielen da eine Rolle, sondern es sollen z. B. auch kulturträchtige Aspekte von Umwelt, Spiel, Sport und Gesundheit ebenso einbezogen werden wie Medien, Technik, Wirtschaft(sförderung), Mäzenatentum und Vereinswesen.

Die einzelnen Themen (Muster: „Kultur & Technik“, „Kultur & Jugend“ usw.) wurden mittlerweile auf die Städte verteilt, deren Kulturämter bei der Auswahl mitwirkten. Beispiele: In Dortmund soll man sich vorrangig ums Generalthema „Kultur & Alltag“ kümmern, Unna zeichnet für „Kultur & Kleinstadt“ verantwortlich, Hagen widmet sich dem Bereich „Kultur & Spiel, Sport“, Siegen hat sich „Kultur & Freie Gruppen“ ausgesucht, Witten erkundet Zusammenhänge zwischen „Kultur & Gesundheit“, in Köln sollen Wechselwirkungen zwischen „Kultur & Geld“ dingfest gemacht werden, Bochum sondiert unterdessen das verwandte Thema „Kultur & Wirtschaft“.

Einstweilen liegen nur grobe Leitlinien, aber keine detaillierten Pläne für einzelne Veranstaltungen vor, die diesen Erkundungen dienlich sein sollen. Auch die Finanzierung

des Großprojekts ist noch nicht ganz geklärt. Ratsentscheidungen in den einzelnen Städten sind abzuwarten. Das Wuppertaler Kultursekretariat wird gewiß sein Scherflein beisteuern, außerdem will man bei bestimmten Themen die einschlägigen Landesministerien ansprechen.

Ein Kraftakt also, von dem man allerdings nur in Umrissen weiß, wie er sich entwickelt. Dr. Karl Richter, Leiter des Kultursekretariats, bemühte denn auch den Begriff der „Utopie“: Man befinde sich nun „im Vorfeld der Möglichkeiten“. Schon jetzt aber müßten die Kommunen begreifen, daß die Kultur „ins Zentrum der Politik rücken“ müsse.

Ruhr-Kultur für Bonns Meinungsträger – Regierung glänzte durch Abwesenheit

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Bonn. Lang genug hat's ja gedauert, doch nun macht das Ruhrgebiet in der Bundeshauptstadt mit Macht von sich reden – und das auch noch als Hort der Kultur. „Ruhrgebiet Kulturgebiet“ heißt der Vorstoß, mit dem der NRW-Minister für Bundesangelegenheiten, Günther Einert, die in Bonn natürlich zahlreich vertretenen Meinungsträger und Meinungsmacher aufs Revier aufmerksam machen will.

Gleich 1500 dieser „Multiplikatoren“, darunter allein 30 Botschafter, waren gestern Abend in der NRW-Landesvertretung (Bonn, Dahlmannstraße 2) zugegen, als Ministerpräsident Rau die Ausstellung eröffnete. Bundespräsident von Weizsäcker will

die Exponate morgen in Augenschein nehmen. Für die illustren Gäste wurden vornehmlich Spitzenstücke etablierter Kultur aus Museen des Reviers nach Bonn gebracht, so aus dem Folkwang-Museum Essen Gemälde von Emil Nolde und Christian Rohlf, Skulpturen von Wilhelm Lehmbruck aus dem gleichnamigen Duisburger Museum, dazu Jugendstilexemplare aus dem Essener Plakatmuseum und Leihgaben aus dem Ikonen-Museum in Recklinghausen.

Ferner gab's am gestrigen Eröffnungsabend einen Live-Querschnitt durch die Revier-Kultur: Das Bochumer Schauspielhaus zeigte seine Produktion „Wer nie bei Siemens-Schuckert war“, und mit „Teddy Technik“ war eine Rockband der Revierszene vertreten. Schließlich traten, flankiert von Kultusminister Schwier sowie den Revier-OBs Krings (Duisburg) und Reuschenbach (Essen), Galionsfiguren der Ruhrgebiets-Kultur aufs Podium: unter anderem Hansgünther Heyme (Essens künftiger Schauspielregisseur), Pina Bausch und der Filmemacher Michael Lentz.

„Befremdliches“ Desinteresse

Mit der nicht in allen Punkten reviertypischen Auswahl kam man der verwöhnten Bonner Prominenz entgegen. Mit aktueller Revier-Kunst, so vermutete man in Einerts Haus wohl zu Recht, kann man in Bonn „nichts werden“. Also mußten absolute Attraktionen her – ein Ansinnen, das den beteiligten Ruhrgebiets-Museen aus konservatorischen Gründen zunächst Bauchschmerzen bereitete.

Die Idee zu dieser bisher wohl umfangreichsten Kultur-Präsentation einer Region im Bonner Regierungsviertel, ist bereits fünf Jahre alt. Als 1984 der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) einstieg, gewann sie ihre jetzige Gestalt. Nun sind bis zum 19. April das Foyer und etliche Sitzungszimmer im Ministerium für Bundesangelegenheiten der Kunst vorbehalten. Für die Ausstellung (werktags zwischen 9 und 16 Uhr allgemein zugänglich) wurde allenthalben geworben.

Das Plakat, eine Anspielung auf „Kunst und Kohle“, ziert zahlreiche Bonner Litfaßsäulen. Auch bei den Schulen wurde gezielt die Werbetrommel gerührt. Die Veranstalter hoffen nun auf etwa zwei- bis dreihundert Besucher pro Tag.

Vermißt wurden am Eröffnungsabend Spitzenvertreter der Regierungskoalition. Weder der Kanzler noch einer seiner Bundesminister ließen sich blicken. Landesminister Günter Einert fand derlei Desinteresse am Revier „auffallend und befremdlich“.

„Bestenliste der Übertreibungen“ – Karikaturen aus fünf Jahrhunderten in Dortmund

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Dortmund. Ob sie Luther heißen, Napoleon oder Franz Josef Strauß – die Großkopfeten hatten und haben eines gemeinsam: als Zielscheibe für Karikaturisten zu dienen, als Gegenstand von „Kampf-Bildern“. Ein Querschnitt durch fünf Jahrhunderte verzerrender Darstellung ist ab heute (bis 12. März) im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte zu sehen.

Die Ausstellung von 260 Karikaturen und artverwandten Darstellungen, in enger Zusammenarbeit mit dem Wilhelm-Busch-Museum in Hannover und zwei weiteren Instituten entstanden, sollte nicht zur Illustration einer „ewigen Bestenliste“ geraten. Unter der Hand ist sie dann doch so etwas geworden,

denn nahezu alle bedeutenden Karikaturisten sind hier mit Originalblättern vertreten – von Annibale Carracci, einem der „Erfinder“ der Porträtkarikatur im Italien der Renaissancezeit, über Berühmtheiten wie Goya, Daumier und Saul Steinberg, bis hin zu den gegenwärtigen Schrittmachern der Zunft, wie etwa F.K. Waechter und Gerhard Seyfried.

Museumschef Dr. Gerhard Langemeyer spricht von einer „argumentierenden Ausstellung“. Tatsächlich hat man die (gewiß nicht knapp bemessenen) Schauwerte einer systematischen Annäherung untergeordnet und das Thema schrittweise verfolgt: Demonstriert werden zunächst die verschiedenen Methoden zeichnerischer Übertreibung und Vereinfachung. Es folgen Porträtkarikaturen und sodann „komponierte Bildsatiren“, bei denen sich seit der Barockzeit allmählich ein Motivkanon herausgeschält hat. Beispiel: „Schandzüge“, bei denen mißliebige Personen dem erzürnten Volk vorgeführt werden, sind schon seit Jahrhunderten geläufig – ein Traditionsfundus, aus dem heute noch zitierend und verfremdend geschöpft werden kann.

Sogenannte „Gesellschafts-Satiren“ beschließen den Ausstellungsreigen. Im Brennpunkt ätzender Darstellung stehen hier zum einen Modetorheiten verschiedener Epochen. zum anderen das Erscheinungsbild von Frauen unter dem Motto „Die häßliche Schöne“. Interessant übrigens, daß die weibliche Hälfte der Menschheit zwar oft karikiert wurde, aber nur selten eine ihrer Vertreterinnen selbst zur Feder griff. Ein Manko, dem auch diese Ausstellung nichts entgegenzusetzen vermag.

Zum Prachtexemplar ist der Katalog (38 DM) geraten, der unter anderem Werner Hofmanns 1957 verfaßten Standardaufsatz über Karikaturen, der in Buchform lange vergriffen war, nur unwesentlich gekürzt wiedergibt. Des weiteren wird jedes Exponat einzeln erläutert, was sich besonders bei Zeichnungen älteren Datums als notwendig erweist.

Alles auf Plakaten: Private Probleme und Polit-Sprüche – Vorläufige Bilanz der Kölner Bemalungs-Aktion

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Köln. „In Köln gibt es 5472 Plakatwände zu viel“. Da schreibt's mal einer. Und ausgerechnet bei einer Aktion, die sich des Mediums „Plakat“ bedient. Genau 224 Wände hatte – wie berichtet – eine private Initiative in der Domstadt für je 70 DM Miete zwecks freier Meinungsäußerung reserviert. Was ist daraus geworden?

„Mein Mann betrügt seine Frau. Wer bin ich?“, schrieb eine Teilnehmerin in Riesenlettern auf „ihr“ Plakat. Ein offenbar wenig mitfühlender Zeitgenosse setzte als Antwortvorschlag „Mona Lisa“ darunter. Eine der ganz wenigen Beschwerden handelte sich der Autor ein, der den Pauschal-Spruch „Kölner Frauen sind weich, warm und willig“ überdimensional zu Papier brachte.

Die Plakattexter stießen jedoch beileibe nicht nur in zweideutige Bereiche vor. Die Bauwut in der Kölner City bleibt beispielsweise auch nicht unkommentiert: „Macht den Dom nicht jeck“, heißt es da in Anspielung auf die rund um den Gotik-Bau aufgetürmten Betonmassen.

Natürlich hat auch die Friedensbewegung für Inspiration gesorgt. In einem neonbeleuchteten Parkhaus findet sich eine gespenstische Malerei, auf der sich eine schwarze Tür öffnet

und den Blick auf eine Explosion freigibt: „Es klopft – herein! – Lächelnd tritt der Ernstfall ein“, lauten die lapidaren Begleitworte.

Als besonders findig erwies sich der Mann, der unter Einsatz aller Mittel ein Dia auf seine Wand projizieren und die Umrisse auf plakatgroßem Fotopapier festhalten wollte. Der Schlauch fürs Wasserbad und der Quast zum Auftragen der Fixierlösung lagen schon bereit – da machten voll aufgeblendete Autoscheinwerfer, die auf die Wand strahlten, das Werk zunichte. Verständlicherweise weniger Mühe gab sich eine Teilnehmerin, die kurzfristig erkrankt war. Sie ließ mitteilen: „Lungenentzündung statt Plakatbemalung“.

„Unsere Aktion ist leider etwas zögerlich angelaufen“, bedauert Hanne Zens (37), Mitorganisatorin der Plakatbemalung. Inzwischen seien immerhin 120 Wände gefüllt. Die Seniorenorganisation „Graue Panther“ (Plakattext: „Armut im Alter. Schande für Deutschland“) habe sich ebenso beteiligt wie die Selbsthilfeorganisation „Netzwerk“; auch Rentner, Taxifahrer, Ärzte, Hausfrauen und Redakteure seien eifrig zu Werke gegangen.

Die betrüblichste Erfahrung machte Clemens Böll (Neffe von Heinrich Böll) mit seinem Text „Mein Freund ist Türke“, der rechtsradikale Geister wachrief. Die handschriftlichen Zusätze auf dem Plakat sind nicht zitierwürdig.

Heldentum und Markenartikel – „100 Jahre politisches

Plakat“ in Dortmund

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Dortmund. Führer- und Vaterfiguren schauen streng oder gütig herab. Fahnen, Adler, Heilige und Flammen halten für historische Vorhaben der Großkopfeten her. Politische Plakate, seit der Französischen Revolution verbreitet, haben meist „denen da unten“ etwas abgefordert – seien es Wahlstimmen, Wohlverhalten, soldatische „Tugenden“ oder Geld.

Mit welchen Bildern und Parolen die deutsche Bevölkerung seit 1870/71 zumeist verschaukelt worden ist, vermittelt ab morgen eine Ausstellung im Dortmunder Ostwall-Museum. 503 Exponate umfaßt diese Zusammenstellung „100 Jahre politisches Plakat“. Das Dortmunder Institut für Zeitungsforschung durchkämmte dafür seine reiche Kollektion (5000 Stücke).

Die im Kaiserreich vorherrschende Stilistik wurzelt zum Teil noch in althergebrachter Karikaturen-Tradition. Da tauchen etwa jene Landkarten auf, in denen Könige und Schlachtenlenker – stellvertretend für ganze Völker – agieren. Nostalgie kommt aber schon in dieser Abteilung nicht auf, haben doch die Plakate des NS-Staats spätestens im Umfeld des 1. Weltkriegs deutliche Vorläufer, was Heroismus und Zynismus anbelangt.

In der Weimarer Republik, den eigentlichen Blütejahren der Plakatgestaltung, schlagen sich endlich auch zeitgenössische Kunstströmungen nieder. Die Dynamik der Umbruchstimmung deutet sich etwa in Versuchen an, expressionistische oder futuristische Komponenten massenpsychologisch wirksam aufzubereiten. Die bewegte Polarisierung der Weimarer Zeit wird nach 1933 auch formal abgelöst von der statischen Bildsprache eines verlogenen Klassizismus'. Mit den Kriegsjahren brechen dann wieder hektischere Ausdrucksmittel durch. Man vergleiche etwa die fast angstvoll zitterige Schrift

von „Der Feind sieht Dein Licht. Verdunkeln!“, das vor den Luftangriffen warnt, mit den bis dahin gebräuchlichen, trutzig-„eisern“ wirkenden Schriftblöcken.

Den Zeitumständen entsprechend, werden die Plakate der unmittelbaren Nachkriegszeit karg. Sie sind mitunter nur auf Litfaßmaß gebrachte Flugblätter und Bekanntmachungen. Schließlich Plakate aus jüngster Zeit: Parteien und Personen werden immer deutlicher nach Art der Markenartikel-Werbung „verhökert“. Beispiel für den Verzicht auch auf holzschnitthafte Argumente: ein CSU-Poster, auf dem ein hübsches Mädchen lächelt. Darunter steht nur: „Lichtblick“. Wahrhaftig überzeugend...

Die Ausstellung wird heute abend mit einem Referat von SPD-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Glotz eröffnet, dauert bis zum 23. September und geht dann auf Rundreise durch NRW. Interessiert zeigte sich auch das Goethe-Institut in Amsterdam. Das Katalogbuch erscheint in einem Dortmunder Verlag und kostet 29,80 DM.

Kriegspropaganda auf Postkarten – Ausstellung in Witten

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Witten. Andächtig steht das kleine Mädchen vor dem Wandbild: „O du mein Hindenburg!“ lautet die schmachende Unterzeile. Was aus heutiger Sicht wie Satire wirkt, muß vor dem (tod)ernsten Hintergrund der Entstehungszeit gesehen werden.

Die kitschbunte Postkarte gehört zu einer Ausstellung, die ab Montag im Wittener Märkischen Museum zusehen ist und sich unter dem Titel „Schwarz-weiß-rot Heldentod“ dem Ersten Weltkrieg und seiner Propagierung auf Postkarten widmet.

Rund 1500 dieser Trivial-Dokumente für den sprichwörtlichen „kleinen Mann“ hat man in Witten zusammengetragen (das Museum kooperierte dabei mit der VHS Witten-Wetter-Herdecke). Hinzu kommen 500 weitere Belege – vom Mobilmachungsbefehl bis zum „Entlausungs-Paß“.

Vorteil: Die Postkarten lassen, anders als hochoffizielle Dokumente und aller Deutschtümelei zum Trotz, manches vom Alltag der Soldaten und der Zivilbevölkerung ahnen. Nachteil: Kritische „Reflexion“ kommt fast überhaupt nicht vor. Hilfestellung gibt diese Ausstellung nur in Ansätzen. Ein aufschlüsselnder Katalog ist unbezahlbar. Lediglich einige Arbeiten von Otto Dix beziehen sich unmittelbar auf die Schrecken des Krieges. Alles andere muß „gegen den Strich“ betrachtet werden.

Sämtliche Exponate stammen aus dem Eigenbesitz des Wittener Museums. Einiges befindet sich schon seit 1918 in seinen Mauern. Zahlreiche Stücke sind während der dreieinhalbjährigen Vorbereitungszeit hinzugekommen. Museumsleiter Dr. Wolfgang Zemter tat sich auf Auktionen um, wenn irgendwo alte Postkarten offeriert wurden. Viele Bürger schauten in ihren „Privatarchiven“ nach und steuerten manche Raritäten bei, die der Ausstellung einen starken Lokalbezug verleihen. So fand sich zum Beispiel ein Foto, auf dem tausende von Pickelhauben „made in Witten“ säuberlich aufgeschichtet ihrer Bestimmung harren. Makaber auch, daß nicht einmal Geburtstagskarten der kriegerischen Motive entraten konnten: „Herzlichen Glückwunsch“ mit U-Boot.

Eine Erkenntnis, die man dieser Ausstellung abgewinnen kann, ist die, daß manch eine Propaganda-Form des deutschen Faschismus schon zwischen 1914 und 1918 bis zur

Verwechselbarkeit vorgeprägt war. So sandten die (natürlich strenger Postzensur unterliegenden) Frontsoldaten aus Osteuropa Karten, die „Russische Typen“ (Originalzeile) zeigten – Vorform der widerlichen „Untermenschen“-Hetze der Nazis. Die Kaiserreich-Farben Schwarz, weiß und rot tauchten eben nicht zufällig in den Fahnen wieder auf, die den Nazis voranflatterten.

Als russische Malerei noch zur Avantgarde gehörte

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Köln. Vergleiche drängen sich auf. Man glaubt fast jede Phase dessen wiederzuerkennen, was sich zu Beginn unseres Jahrhunderts in der westeuropäischen Kunst bewegt hat. Man steht aber vor Bildern russischer Künstler.

Daß diese – im Gegensatz zu heute – zwischen den 1890er Jahren und dem Vorabend der Russischen Revolution keinen Vergleich mit ihren französischen oder deutschen Zeitgenossen zu scheuen brauchten, zeigt die Ausstellung „Meisterwerke russischer Malerei“, die gestern von Botschafter Waldimir Semjonow in der Kölner Kunsthalle eröffnet wurde.

Während in einschlägigen Handbüchern die russische Kunst eher als Randphänomen abgehandelt wird, entsteht beim Betrachten der in Köln gezeigten 72 Werke von 34 Künstlern (darunter auch Chagall, Kandinsky, Malewitsch) eher der Eindruck eines intensiven, gesamteuropäischen Austauschs: Matisse und der Futurist Marinetti trugen 1911 und 1913 ihre Kunstauffassungen in Rußland vor, die russischen Künstler wiederum reisten

häufig nach Westeuropa oder ließen sich (Kandinsky) sogar dort nieder.

Die in Köln gezeigten Bilder, ansonsten im „Staatlichen Russischen Museum“ (Leningrad) und der Tretjakow-Galerie (Moskau) zu sehen, repräsentieren nahezu sämtliche Strömungen der Klassischen Moderne – vom lichtflutenden Impressionismus bis hin zum Futurismus und zum Suprematismus, bei dem die russische Avantgarde sich mit Malewitsch sogar an die „Spitze“ der Moderne setzte.

Wahlverwandtschaften zuhauf: Natalia Gontscharowas „Bauern, Äpfel auflesend“ von 1911 erinnern in der monumentalen Figuration stark an Picasso-Bilder aus derselben Zeit, ihr „Radfahrer“ von 1913 entstand im Geiste des Futurismus. Qualitativ fällt dagegen Michail Wrubel, dem Vernehmen nach heute Lieblingsmaler der Sowjetbürger, ab.

Wie der Generaldirektor der Kölner Museen, Prof. Hugo Borger, mitteilte, findet der Austausch UdSSR – Köln mehrfache Fortsetzung. Zuerst wird ein Großteil der Bestände des Römisch-Germanischen Museums im Moskauer Puschkin-Museum und in der Leningrader „Eremitage“ gezeigt, gegen Ende des Jahres 1984 gehen Teile der Ludwig-Sammlung und 1985 Exponate des Wallraf-Richartz-Museums auf die Reise.

„Meisterwerke russischer Malerei“. Josef-HaubrichKunsthalle Köln, 7. Februar bis 25. März, geöffnet tägl. 10 bis 17 Uhr, di/fr 10 bis 20 Uhr, Katalog 16 DM.

Nach mancher Qual doch noch

Glanzlichter – Ruhrfestspiel-Ensemble fünf Stunden lang im „Depot“

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Recklinghausen. Gleich vier neue Produktionen stellte jetzt das Ensemble der Ruhrfestspiele vor – und das erstmals in seiner neuen Spielstätte, einem ehemaligen Straßenbahndepot.

Das Depot ist ein vorzüglicher Ort fürs Theater. Es umfaßt eigentlich drei Spielstätten, so daß zur Einweihung zwei Stücke zeitlich parallel gegeben werden konnten (im „Magazin“ und in der „Werkstatt“). Das fünfstündige Mammutprogramm startete jedoch im Theatersaal des früheren Tramschuppens, und zwar mit „Prometheus und Herakles 5“ von Heiner Müller. An diesem gewichtigen Brocken hat man sich überhoben. Mag sein, daß die wahre Fließbandarbeit des Ensembles, deren erste Ergebnisse hier im Zusammenhang zu sehen waren (künftige Aufführungen erfolgen separat), einen Großteil jener Energie aufgesogen hat, die Müllers Aischylos-Bearbeitung kosten müßte.

Wolfgang Lichtensteins Inszenierung konzentrierte kaum, brachte wenig „auf den Punkt“. Im Prometheus-Teil (Hauptrolle: Bernd Köhler) mühte man sich, nicht immer sinnvermittelnd, mit Müllers hochkomplizierter, klassizistischer Sprache ab. Dann kam Herakles 5 (Meinhardt Zanger) mit Blaumann und Schutzhelm, befreite den Lichtbringer Prometheus und setzte zu einem Solo über die Reinigung des Augias-Stalls an, das wohl als Kabinettstückchen zu werten wäre, mit dem Beginn aber so gut wie nichts mehr zu tun hatte. Durch den allzu jähen Sturz auf die Alltagsebene wurden kaum fruchtbare Widersprüche aufgetan. Statt sich dialektisch zu entfalten, geriet das ganze Stück

gleichsam in Schiefelage.

Weiter ging's mit „Die Wende“, einer mit Bochumer Opel-Arbeitern entwickelten Produktion, Szenen zum Thema Arbeitszeitverkürzung. Da zeitgleich „Antreten zum Doppelbeschuß“ (Produktionsleitung: Jürgen Fischer) lief, mußten sich die Besucher entscheiden. Meine Wahl fiel auf den „Doppelbeschuß“. Die Qual folgte prompt. Neckische Vergleiche gewisser Beate-Uhse-Produkte, die den Pershing-Raketen in punkto Stab-Form ähneln, mit eben jenen Atomwaffen, waren da noch das – in jeder Hinsicht – Harmloseste. Die gemeinsam mit Oberhausener Gewerkschaftern erarbeitete Szenenfolge läßt zwar hie und da „die Muskeln spielen“, erwägt gar Generalstreik gegen Stationierung, bleibt aber im Grunde bieder. Über die zentrale, immer wiedergekäute These „Kapitalismus = Krieg“, an der gewiß „etwas dran“ ist, kommt das nicht hinaus. So bleiben gut gemeinte Ansätze flach und eindimensional.

Doch noch ein versöhnender Ausklang: Im Hauptsaal beendet die 100-Minuten-Revue „Wer andern eine Grube gräbt“ (Leitung: Wolfgang Spielvogel) den Marathon. Schwachpunkte fallen hier weniger ins Gewicht. Mit insgesamt 20 „Nummern“, Texten so unterschiedlicher Autoren wie Loriot, Franz Xaver Kroetz oder Peter Alexander (seine Bergmannsschnulze „Schwarzes Gold“ wird der verdienten Lächerlichkeit preisgegeben), werden immer wieder Glanzlichter gesetzt. Vielleicht liegt in solchen Produktionen eine ganz spezielle Stärke und Zukunft des Ensembles.

Kommentar: Rücktritt in

Letzter Minute

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Man darf aufatmen. Fürs erste wenigstens. Ins Gerede war der unglücklich operierende Bundesvorstand des Schriftstellerverbandes (VS) immer häufiger gekommen. Dauer-Querelen haben das Ansehen und letztlich auch die „Schlagkraft“ dieser Interessenvertretung der Autoren arg in Mitleidenschaft gezogen. Der Rücktritt des kompletten VS-Vorstands könnte den Weg zu einem Neubeginn freimachen.

Daß die Rücktrittsbegründung eher selbstgerecht ausfiel, war zu erwarten und spielt kaum noch eine Rolle. Zwar ist bis zur Delegiertenkonferenz im März '84 noch manches Scharmützel zu erwarten, doch besteht Anlaß zu der Hoffnung, daß solche „Gewitter“ die geladene Atmosphäre bereinigen. Auch in einige – Engelmanns Linie zuneigende – Landesverbände dürfte nun Bewegung kommen. Vor allem, wenn im weitesten Sinne Fragen des Ost-West-Konflikts anstanden, haben Bernt Engelmann und seine Vorstandskollegen mehrfach fragwürdige Erklärungen abgegeben, für die sie nicht ohne weiteres ein „Mandat“ der Mehrheit aller 2300 VS-Mitglieder beanspruchen konnten.

Nicht nur ehemalige DDR-Autoren, von denen einige ins Fahrwasser der konservativen „Wende“ geraten waren, wurden vergrault. Spätestens nach der dubiosen „Polen-Erklärung“ und der Attacke auf Friedenspreisträger Manès Sperber drohte eine Austrittswelle, die an die Substanz des Verbandes gegangen wäre. Der Rücktritt hat wohl – in letzter Minute – eine Spaltung des Verbandes verhindert.

Bernd

Berke

„Ereignis-Karikaturen“: Geschichte in spöttischen Bildern

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Münster. Eine Wildsau mit preußischer Pickelhaube steckt in der Falle, auf der „Verdun“ steht. Bismarck geht von Bord eines Schiffs, spielt Schach gegen den Papst. Napoleon trifft am Rande des Schlachtfelds ein Skelett.

360 sinnfällige Beispiele dafür, wie Zeichner zwischen 1600 und 1930 komplizierte politische und gesellschaftliche Vorfälle mit variiert wiederkehrenden Ausdrucksmitteln karikieren, sind ab Sonntag im Münsteraner Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte zu sehen. „Ereignis-Karikatur“ heißt die Ausstellung.

Die bissig-oppositionellen, in nationalen Hurrah-Zeiten oft aber auch offiziös-propagandistischen Drucke stammen zu zwei Dritteln aus dem Fundus des Landesmuseums. Leihgaben kamen unter anderem vom Dortmunder Institut für Zeitungsforschung. Besonders interessant für Revierbewohner: Spottbilder aus der Zeit des „Ruhrkampfes“.

Die Vorbereitung dauerte zwei Jahre. Damit die große Zeitspanne einigermaßen repräsentativ erfaßt werden konnte, mußten tausende von Karikaturen gesichtet werden. Da die Akzente überdies auf Regional-, National- und Kontinental-Historie liegen, hatte man ein weites Feld zu beackern.

Dennoch mutet die getroffene Auswahl nicht zufällig an. Grundforme(l)n dessen, was immer wieder aus spitzen Federn floß, werden erkennbar. Etwa die „Axt am Baum der Freiheit“: Nicht nur Innenminister Zimmermann setzt sie in neuesten

Karikaturen an. Dieses Motiv war schon im 17. Jahrhundert geläufig. Epochenübergreifendes Bildmuster auch: Einzelpersonen werden stellvertretend für im Krieg unterlegene Heere verhauden oder bekommen Kanonen zum Frühstück serviert. Übrigens: Spruchblasen – Urelement der späteren Comics – tauchten seit dem 17. Jahrhundert vermehrt auf.

Der Besucher muß viel Zeit mitbringen. Die Beleuchtung (vorschriftshalber matte 50 Lux) ist schwach, die Zeichnungen erfordern indessen genaues Hinsehen. Das Landesmuseum leistet jedoch dreifache Hilfestellung zum besseren Verständnis: Im Katalog (35 DM) wird der historische Hintergrund jedes einzelnen Exponats dargestellt. Eine Diaschau in den Ausstellungsräumen vertieft das Gesehene (man sollte sie erst zum Schluß anschauen, sonst verblaßt die Wirkung der teilweise sehr kleinen Original-Drucke). Schließlich findet sich unter jedem Bild eine Kurz-Erläuterung.

Westfälisches Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte (Münster, Domplatz 2): „Ereignis-Karikatur“. Geschichte in Spottbildern 1600-1930. Bis 13. November.

Duisburger Projekt: Gezielte Integrationshilfe in der Bibliothek

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989
Von Bernd Berke

Duisburg. Duisburgs Stadtbibliothek verfügt über die mit 40 000 Titeln größte türkischsprachige Abteilung aller bundesdeutschen Büchereien. Wer soll sich da noch auskennen?

Die türkischen Benutzer und die deutschen Bibliothekare haben den Überblick verloren. Die Qualität der Beratung sinkt zwangsläufig.

Dem Übelstand soll ein Projekt abhelfen, das von Duisburg aus als Service-Leistung für alle Büchereien (und Schulen) betrieben wird. Projektleiter Tayfun Demir erstellt einen Katalog besonders wichtiger und empfehlenswerter türkischer Literatur – vom Kinderbuch über den Klassiker bis hin zum Religions- oder Sachbuch. Wichtigstes Auswahlkriterium: Integrationsfördernde Werke sind gefragt, nationalistische Pamphlete verpönt. Seit die Militärs in Ankara an der Macht sind, gestaltet sich eine so motivierte Suche zunehmend schwieriger. Werke, denen der „Ruch des Liberalen“ anhaftet, erscheinen am Bosphorus nicht mehr.

Stöbern in den Duisburger Regalen und Recherchen bei türkischen Verlagen förderte allein 50 Romane und Erlebnisberichte zum Thema „Leben in der Bundesrepublik Deutschland“ zutage – vielleicht für manchen Ratsuchenden eine Hilfe, die jedoch erst einmal erschlossen werden muß. Tayfun Demir hat da seine Erfahrungen. Zwei Jahre lang klapperte er mit dem Bücherei-Bus die Duisburger Stadtteile mit hohem Türkenanteil ab. Demir: „Erst seitdem weiß ich, welche Lektüre meine Landsleute brauchen“.

Etwa 1500 Bände werden bis zum Schluß des Projekts (Ende 1984) aufgelistet sein. Jeder Titel wird mit einem Kurzkomentar in türkischer und deutscher Sprache vorgestellt. Diese Orientierungshilfe soll von einem Berliner Verlag veröffentlicht werden. Bereits in diesem Herbst kommt eine Aufstellung mit 300 Kinderbüchern heraus. Demir: „Türkische Kinder sind die eifrigsten Bibliotheksbenutzer.“

Gefördert wird das in aller Stille verwirklichte, wichtige Projekt von der Krupp-Stiftung (220 000 DM). Vertreter der Duisburger VHS sitzen im Projektbeirat.

Engelmann übt friedlichen Widerstand im Trainingscamp – Aktionen gegen Nachrüstung: Volker W. Degener rät zur Vorsicht

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Im Westen. Verschiedene Meinungen über die ratsamste Haltung westdeutscher Autoren im „heißen Herbst“ der NATO-„Nachrüstung“ haben der Bundes- bzw. der NRW-Landesvorsitzende des Schriftstellerverbandes (VS) auf Anfrage der WR geäußert. Während Nordrhein-Westfalens VS-Vorsitzender Volker W. Degener sich „gegen jede gesetzwidrige Handlung“ im Zusammenhang mit einer Pershing-2-Stationierung wendet und auch Blockade-Aktionen dazu zählt, will sich Bundesvorsitzender Bernt Engelmann selbst an Blockaden beteiligen.

Zugleich kündigt Engelmann effektreiche „Aktionen im Verlauf der Frankfurter Buchmesse“ (11-17. Oktober) an, die sich mit der bundesweiten „Friedenswoche“ (ab 15. Oktober) überschneidet. Details werden nicht verraten, denn: „Seit den Krefelder Ereignissen sind wir vorsichtiger. Wir wollen nicht, daß Gewalttäter sich uns anschließen.“

Volker W. Degener, hauptberuflich bei der Bochumer Polizei, gibt sich zurückhaltender. Mit Engelmann sowohl einig im strikten Nein zur „Nachrüstung“ als auch in der grundsätzlichen Ablehnung gewaltsamen Widerstands, setzt er doch andere Akzente: Prominente wie Heinrich Böll und Günter

Grass stellten Degener zufolge ihre Teilnahme an Blockade-Aktionen vor allem deshalb in Aussicht, „weil das ein aufsehenerregender Appell ist. Ob sie wirklich mitmachen werden, ist fraglich.“

Bernt Engelmann hingegen verweist auf den „einstimmigen Beschluß des deutschen PEN-Zentrums“, der deutlich in Richtung eines gewaltfreien Widerstands ziele und – anders als etwaige Resolutionen des der IG Druck und Papier angegliederten VS – für die Mitglieder (darunter Böll und Grass) „zumindest moralisch bindend“ sei. Degener wiederum beruft sich auf den VS-Landesverbandstag vor zwei Monaten in Hagen, der jedem Mitglied die persönliche Entscheidung freigestellt habe. Die Mehrzahl der Delegierten sei dabei deutlich von Engelmanns Position abgerückt. Degener: „Herr Engelmann kann uns nichts vorschreiben. Wir sind ein eigenständiger Landesverband“.

Bernt Engelmann hat unterdessen die rein theoretischen Vorüberlegungen hinter sich gelassen. Man wolle das friedliche Verhalten bei Blockade-Aktionen sorgfältig einüben. Er selbst werde sich in einem Camp in der Nähe eines möglichen Stationierungsortes entsprechend schulen lassen. Verstärkt arbeite man mit US-Autoren zusammen. Antiamerikanismus sei gerade nicht beabsichtigt. Seine Kollegin Ingeborg Drewitz habe jetzt in den Vereinigten Staaten sondiert und gefunden, daß dort bei vielen Schriftstellern Interesse an gemeinsamen Aktionen bestehe. Man werde für weitere Überraschungen sorgen. Engelmann: „Eines haben wir reichlicher als unsere Regierung, nämlich Phantasie!“

Makulatur für die Nazi-Flammen – In Dortmund verlief die Bücherverbrennung 1933 nicht reibungslos

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Dortmund. In den Universitätsstädten hatte man die Sache am 10. Mai 1933 „erledigt“. Pg. (Parteigenosse) Woelbing sollte die Dinge in Dortmund vorantreiben. Seit März war Woelbing Leiter der örtlichen „Bibliotheks-Prüfungskommission“.

Mit Briefkopf der NSDAP-Gauleitung Bochum lud der Studienrat den Dortmunder Magistrat zu einem besonderen Schauspiel ein. Das Spektakel, so versicherte der Schreiber am 29. Mai 1933 ordnungshalber, werde „pünktlich um 21 Uhr“ beginnen. Am gleichen Tag erging in der Dortmunder „Tremonia“ eine an Lehrer und Erzieher gerichtete „dringende Aufforderung, dieser symbolischen Handlung beizuwohnen“.

Am Abend des 30. Mai war es soweit: Über 5000 Bücher, die überwiegend aus dem sozialdemokratischen Volkshaus in der Kampstraße stammten, wurden auf dem Dortmunder Hansaplatz verbrannt. Beteiligt: SA, SS, Hitlerjugend, BDM und NS-Lehrerbund sowie angeblich Tausende von Zuschauern. Die „Westfälische Landeszeitung/Rote Erde“ (Titel des gleichgeschalteten Ex-„Generalanzeigers“) jubelte am 31. Mai weisungsgemäß: „Undeutscher Geist ging in Flammen auf“, zitierte aus den Festreden und druckte einen von den Schülern des Bismarck-Realgymnasiums im Flammenschein vorgetragenen Sprechchor aus der Feder des Studienreferendars Kaiser ab, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: „Wir aber wollen sie töten“, raimte Kaiser auf „falsche Propheten“.

„Undeutscher Geist“, „falsche Propheten“ – das waren für die Nazis u.a. Bertolt Brecht, Alfred Döblin, Sigmund Freud, Erich Kästner, Heinrich Mann, Kurt Tucholsky und zahllose weitere Autoren. Sämtliche Namen, die in der Literatur Rang hatten, tauchten auf den „Säuberungslisten“ auf.

Obgleich sie so genau zu wissen glaubten, was „undeutsche“, „marxistische“, „zersetzende“ oder „Asphaltliteratur“ sei, verfielen sich die Faschisten anfangs in heillosem Chaos: Nicht weniger als 40 Staats- und Parteistellen sprachen bis 1934 über 4100 Buchverbote aus. Was die eine Stelle noch durchgehen ließ, setzte die andere schon auf den Index.

Dennoch waren die als „Bücherverbrennung“ bekanntgewordenen Barbareien straff organisiert. Nichts blieb hier dem Zufall überlassen. Der Zeitplan der deutschen Studentenschaften, die nach Winken aus dem Berliner Propaganda-Ministerium in allen Universitätsstädten für die „Durchführung“ sorgten, war penibel: am 12. April hatte die Veröffentlichungskampagne zu beginnen, ab 26. April waren die für das Feuer bestimmten Bücher „einzusammeln“ (was unter Mithilfe oder Duldung der Polizeikräfte geschah), am 10. Mai sollte das Feuer lodern, und zwar nach reichseinheitlich vorgeschriebenem Ritual – mit Hetzreden, Absingen des Horst Wessel-Liedes und dem pathetisch formelhaften Spruch: „Ich übergebe der Flamme die Schriften von ...“

In Dortmund hatten es die braunen Machthaber nicht ganz so einfach. Neben einer starken sozialdemokratischen Tradition gab es einen weiteren hemmenden Faktor: Dortmund hatte keine Hochschule mit rechtsgewirktem Studentenbund, sondern lediglich die Pädagogische Akademie – und die galt als links.

Auch die „Säuberung“ der Dortmunder Stadt- und Landesbibliothek erfolgte nicht reibungslos im Sinne der Nazis. Heinrich Schulz, damals Leiter der Volksbüchereien, legte zwar am 19. Mai 1933 „ergebenst in neun Durchschlägen“ eine schwarze Liste vor und bat um parteiamtliche Bestätigung,

holte dann aber hauptsächlich Makulatur aus den Regalen, die ohnehin ausgelagert werden sollte. Die Brandstifter vom 30. Mai merkten nichts.

Die NS-Bücherverbrennung war kein isoliertes Ereignis. Sie reiht sich – als besonders inhumane Tat – in die lange Geschichte der Zensurakte ein. Heinrich Heine (auch seine Bücher wurden 1933 verbrannt) schrieb schon im 19. Jahrhundert prophetisch: „Das war ein Vorspiel nur; dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.“

Bochums Ensemble stellt sich hinter Peymann – Hektische Betriebsamkeit nach SPD-Abstimmung

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Bochum. Hektische Betriebsamkeit hat gestern am Bochumer Schauspielhaus die Nachricht ausgelöst, daß die SPD-Fraktion sich – wie berichtet – mit einer Mehrheit von 20:19 Stimmen gegen eine Vertragsverlängerung für Schauspielregisseur Claus Peymann aussprach.

Um 15 Uhr begann eine Ensemble-Versammlung, die bis etwa 17 Uhr dauerte, danach tagte das Direktorium (Peymann, Kirchner, Beil, Jensen und Paulin) bis gegen 19.30 Uhr. Während das Direktorium noch keine Erklärung abgab, verfaßte das Ensemble einen Brief, der gestern abend Bochums Oberbürgermeister Heinz Eikelbeck überbracht wurde. In dem Brief steht ein einziger

Satz: „Die Nichtverlängerung des Vertrags von Claus Peymann wird mit Sicherheit die Bochumer Theaterarbeit zerstören.“ Unter dem Brief stehen über 60 Unterschriften. Damit hat sich beinahe das gesamte Ensemble hinter Peymann gestellt. Etwa 10 Unterschriften fehlen, weil einige Schauspieler nicht erreichbar waren. In Peymanns Umgebung wird vermutet, daß andernfalls auch diese Ensemblemitglieder unterzeichnet hätten.

Das Direktorium des Schauspielhauses werde dem lakonischen Ensemble-Brief eventuell heute eine Erklärung folgen lassen, hieß es gestern abend. Claus Peymann selbst war den ganzen Tag über zu keiner offiziellen Stellungnahme bereit.

Unterdessen hat der Bochumer Landtagsabgeordnete Georg Aigner durchblicken lassen, auf welche Weise es zu dem ablehnenden Beschluß der SPD-Fraktion gekommen sein könnte. In der achtstündigen Fraktionsdebatte am Montag war es 4 Stunden lang um Etatfragen und weitere 4 Stunden lang vornehmlich um Peymanns Person gegangen. Etatfragen scheinen auch – zumindest im Vordergrund – eine Rolle beim Abstimmungsergebnis über Peymanns Vertrag gespielt zu haben. Aigner sagte, er sei zuversichtlich, daß Peymann in Bochum bleiben könne, falls der Schauspieldirektor bereit sei, über sein Sparangebot von 1,7 Millionen DM hinaus weitere Kürzungen am Theateretat hinzunehmen. Wie Aigner ergänzend mitteilte, hätten sich aber auch einige andere Meinungsverschiedenheiten zwischen Peymann und einer großen Anzahl von Ratsmitgliedern angestaut.

Bei den angedeuteten Differenzen zwischen Peymann und Stadtrat könnte es sich zum Beispiel um Peymanns Verhalten bei der Schließung der Spielstätte „B0-Fabrik“ handeln. Peymann hatte damals die Aktion einiger Jugendlicher gutgeheißen, die das Bochumer SPD-Büro besetzt hatten und war besonders mit dem Fraktionsvorsitzenden Hossiep in Streit geraten.

Auch Dortmunder Theater erwägt verbilligte Karten für Arbeitslose – Umfrage nach Krefelder Initiative

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Im Westen. Sehr unterschiedliche Reaktionen hat die Nachricht ausgelöst, daß das Krefelder Theater als angeblich erste deutsche Bühne Karten für Arbeitslose um die Hälfte billiger abgeben will.

Während es beim Wuppertaler Theater auf WR-Anfrage hieß, dies könne beispielgebend sein, meinte Bochums BühnenVerwaltungsdirektor Dr. Rolf Paulin: „Verbilligte Theaterkarten für Arbeitslose sind ein uralter Hut. Die gibt's in Bochum schon seit langem“.

Während in Bochum der Eintrittspreis für Erwerbslose um 50 Prozent reduziert ist, gibt es beim Westfälischen Landestheater (WLT) in Castrop-Rauxel 40 Prozent Ermäßigung. WLT-Rendent Günter Dammeier: „Was die Krefelder jetzt machen wollen, praktizieren wir schon seit Jahren“. Das Angebot werde freilich nicht sehr intensiv genutzt. Eine möglich Erklärung dafür hat Bochums Verwaltungsdirektor Paulin parat: „Kaum ein Arbeitsloser nimmt die Vergünstigung in Anspruch. Die meisten wollen sich lieber nicht zu erkennen geben auch nicht an der Theaterkasse“. Deshalb hätten Bochums Kassierer auch strikte Anweisung, sich nur kurz die übliche Arbeitslosen-Bescheinigung zeigen zu lassen. In Münster wird's schon komplizierter: Dort müssen Arbeitslose vor verbilligtem

Kunstgenuß ein Extra-Papier vorlegen.

In Dortmund gibt es noch keine entsprechenden Ermäßigungen. Wie der stellvertretende Theater-Verwaltungsdirektor Friedrich Gidde der WR sagte, wird eine solche Regelung jedoch seit einigen Wochen ernsthaft erwogen. Gidde: „Das Thema wird den Rat mit Sicherheit in Kürze beschäftigen“. Wenn es eine neue Preisgestaltung geben sollte, so werde sie frühestens zum Beginn der nächsten Saison wirksam. Auch in Dortmund hätten die Betroffenen sich bislang nicht geregt. Friedrich Gidde: „Kein einziger Arbeitsloser hat sich bei uns nach eventuellen Preissenkungen erkundigt.“

Überhaupt keine Chancen gibt man einer Kartenermäßigung in Hagen. Wie aus der Theaterverwaltung zu erfahren war, glaubt man dort, angesichts der Sparzwänge keine Mindereinnahmen verkraften zu können. Wuppertals Verwaltungsdirektor Erich Neumann hingegen hat sich das Krefelder Beispiel zu Herzen genommen. Er will „seinem“ Kulturdezernenten demnächst entsprechende Überlegungen vortragen.

Übrigens: Die Agenturmeldung aus Krefeld hatte einen weiteren Haken. Nicht nur, daß Krefeld gar nicht als erstes Theater preiswerte Arbeitslosenkarten anbietet. Auch den Stadtrat hat der Vorschlag des Generalintendanten noch nicht passiert, sondern erst den Kulturausschuß. Da es dort ein einstimmiges Votum gab, rechnet man allerdings fest mit der Zustimmung des Rates.

Die Logik der Kernkraft-

Freunde – Hildebrandts „Scheibenwischer“ zur Atomenergie

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Dieter Hildebrandt läßt sich nicht beirren. Allen Anfeindungen zum Trotz, hat er mit der neuesten Ausgabe von „Scheibenwischer“ (ARD) in die gleiche Kerbe gehauen wie mit seiner schon legendären Sendung über den Rhein-Main-Donau-Kanal. Diesmal ging es um Kernkraftwerke, und siehe da: Die Namen einiger bayerischer Politiker, die schon in der Kanal-Sendung in wenig schmeichelhaften Zusammenhang aufgetaucht waren, standen erneut im Mittelpunkt. Unnachahmlich Gerhard Polt, der durch die simple mehrfache Nennung des bayerischen Sozialministers die Lachmuskeln reizte.

Hildebrandt sagte eingangs, er habe sich ganz fest vorgenommen, endlich mal „hemmungslos positiv“ über Atomkraft zu sprechen. Polt und Gisela Schneeberger sollten – als Werbekolonnen der Stromerzeuger – dabei Hilfestellung leisten. Klar, daß ihnen die hinrissigsten „Argumente“ in den Mund gelegt wurden, die Hildebrandts gute Vorsätze mitunter ins Wanken brachten.

Kein echter Vertreter der Pro-Kernkraft-Linie würde zwar so ohne Umschweife und zynisch seine Meinung vertreten, doch wurde durch satirische Übertreibung manches deutlich, was sonst im beschönigenden Wortgeklingel untergeht. Absurder Gipfel der vermeintlichen Atomstrom-Propaganda: Berechnungen, die darauf hinausliefen, daß der Stromverbrauch zwar sinke, der Bedarf aber steige. Ein logischer Bruch, fürwahr! Er entstand daraus, daß die Bedarfsprognosen der Stromproduzenten als über jeden Zweifel erhaben dargestellt wurden.

Schade, ewig schade, daß Hildebrandt und seine Mitstreiter nicht ausführlicher auf die jüngsten Ereignisse in Bonn eingingen. Bereits die Titulierung des wechselfreudigen FDP-Vorsitzenden Genscher als „Doppelstecker“ und das Wortspiel mit der „Wandelhalle des Bundestags“ ließen ahnen, welches Bravourstück daraus hätte werden können. Gerade durch die Bonner Wechselspiele hat jedoch auch das gewählte Thema „Energiepolitik“ neue Aktualität erlangt.

Farce von Dario Fo in Dortmund: Unbequeme Fragen nach dem Tod eines Anarchisten – und scharfe Kritik am Intendanten

geschrieben von Bernd Berke | 13. April 1989

Von Bernd Berke

Dortmund. Mitten in der Premiere des Dario Fo-Stücks „Zufälliger Tod eines Anarchisten“ hielt Claus-Dieter Clausnitzer das Programmheft in die Höhe und rief, im ironischen Brustton der Überzeugung: „Wir haben hier doch keine Zensur!“

Die Zuschauer quittierten die Anspielung mit Beifall. Gemeint war die Entscheidung des Generalintendanten Paul Hager, eine erste Fassung des Programmhefts wegen einiger, nicht gerade polizeifreundlicher Karikaturen und wegen eines Aufsatzes aus der Feder von Peter-Paul Zahl nicht zu veröffentlichen. Schon vor der Aufführung, die sich übrigens auch Paul Hager nicht

entgehen ließ, kursierten im Publikum achtseitige Sonderdrucke, herausgebracht von mehreren alternativen Stadtmagazinen, in denen (neben dem von Hager gestrichenen Zahl-Aufsatz) schärfste Angriffe gegen den Intendanten selbst zu lesen waren.

Neben all dem gab es auch noch Theater, und zwar nicht von der schlechtesten Sorte. Das vor elf Jahren entstandene Stück des Italieners Dario Fo rollt die höchst zwielichtigen „Zufälle“ auf, die sich bei polizeilichen Untersuchungen gegen einen Anarchisten häufen. Ihm wird ein Attentat zur Last gelegt, das in Wahrheit von Faschisten begangen wurde. Während eines Verhörs stürzt der fälschlicherweise Beschuldigte tödlich aus einem Fenster im vierten Stock des Polizeigebäudes: Selbstmord, Unfall, unterlassene Hilfeleistung? Diese unbequemen Fragen zu stellen, setzt Dario Fo die Figur des „Verrückten“ ein, der behende in jede Rolle schlüpfen kann, auch in die eines Untersuchungsrichters, der die Polizei aus einer Verwirrung in die andere stürzt.

Dario Fo hat eine Farce geschrieben, also kommt es nicht auf subtile Charakterzeichnung, sondern auf Situationskomik an. und die entfaltetete sich vor dem überwiegend jungen Publikum im Studio der Dortmunder Bühnen bisweilen so turbulent, daß der Spielraum zu eng wurde. Aber dies ist eben der Preis für den Kontakt zwischen Darstellern und Zuschauern, wie er im Studio möglich ist.

Abgesehen von einigen Text-Unsicherheiten, die wohl dem Premierenfieber zuzuschreiben sind und in dem temporeichen Stück nicht sehr ins Gewicht fallen, präsentierte sich das Ensemble (Regie: Sebastian Bissmeier) in guter Spiellaune. Allen voran, stellenweise umwerfend komisch, Claus-Dieter Clausnitzer. Hervorzuheben auch Peter Loth als Polizeipräsident. Die weiteren Mitwirkenden (Barbara Blümel, Boris Burgstaller, Jürgen Mikol) spielten solide. Günter Hüttmann als Kommissar Bertozzo fiel dagegen etwas ab. Freilich bot seine Rolle auch die geringsten Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Meinung des Publikums: langanhaltender, herzlicher, für
Clausnitzer sogar frenetischer Beifall mit vereinzelt Bravo-
Rufen.